

V e r s u c h

e i n e r

richtigen Auslegung und Anwendung

d e s

H a u p t s c h l u f s e s

d e r

ausserordentlichen

Reichs - Deputation

z u R e g e n s b u r g

vom 25. Februar 1803, §. 35. 36.

1 8 0 4.



H a u p t s c h l u ß
der ausserordentlichen
R e i c h s - D e p u t a t i o n
z u R e g e n s b u r g,

v o m 25. F e b r u a r 1803.

§. 55.

Alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöster in den alten sowohl, als in den neuen Besitzungen katholischer sowohl, als A. C. Verwandten, mittelbarer sowohl, als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien und vollen Disposition der respectiven Landesherren, sowohl zum Behuf des Aufwandes für den Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen, überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche beibehalten werden, und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit, nach den

theils unten wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden näheren Bestimmungen.

§. 36.

Die namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stifter, Abteien und Klöster, so wie die der Disposition der Landesherren überlassenen, gehen überhaupt an ihre neuen Besitzer mit allen Gütern, Rechten, Capitalien und Einkünften, wo sie auch immer gelegen sind, über, so ferne oben nicht ausdrückliche Benennungen festgesetzt worden sind.

Der Verfasser des gegenwärtigen Versuchs hat die geringe Mühe übernommen, seinen Lesern zu sagen: daß das, was in diesen Paragraphen steht, — wirklich darinn steht, auch nach der Absicht ihrer hohen Urheber darinn hat stehen sollen. Er hatte gar keinen Beruf, das Gegentheil darinn zu suchen oder Schwierigkeiten darinn zu finden, und Dunkelheiten hineinzutragen, da es ihm an jeden

Interesse fehlte, einen andern Begriff mit den Worten zu verknüpfen, als den diese ausdrücken. Ihm kann die Existenz oder Nichtexistenz der Stifter und Klöster, worüber das Gesetz darinn zum Vortheil des Landesherrn disponiret, völlig gleichgültig seyn, weil er für seine Person und Familie so wenig auf eine Stelle in denselben Ansprüche zu machen hat, als von ihrer Einziehung irgend einigen Gewinn erwarten darf.

Wenn er also mit Unbefangenheit sah, was jeder Leser mit gesunden Augen sehen kann; und das, was er sah getreulich angab; so ist das nur eine Pflicht, die er der Wahrheit schuldig zu seyn glaubte und weiter kein Verdienst, als insoferne es andere Leser gab, die etwas anders darinn zu sehen glaubten, oder dieses wenigstens wieder Andern überreden wollten. So weit er übrigens davon entfernt ist, irgend jemanden seine Privat-Meinungen aufdringen zu wollen; eben so gewiß darf er erwarten, daß, wenn auch einen oder dem andern Leser diese oder jene Wahrheit nicht angenehm seyn sollte, doch ihm Niemand einen Vorwurf daraus machen

werde, daß er in dem Gesetze wirklich das fand, was mit leserlicher Schrift offen vor jedermanns Augen da steht. Die Folgen, die dieses Finden haben könnte, hat nicht er, sondern allenfalls der Gesetzgeber zu verantworten.

Geschrieben am 5. August 1804.

V e r s u c h

e i n e r

richtigen Erklärung und Anwendung

d e s

Reichs - Deputations-
Hauptschlusses

v o m

24. Februar 1803, §. 35. 36.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as bleed-through from the reverse side of the page.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as bleed-through from the reverse side of the page.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as bleed-through from the reverse side of the page.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as bleed-through from the reverse side of the page.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as bleed-through from the reverse side of the page.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as bleed-through from the reverse side of the page.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as bleed-through from the reverse side of the page.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as bleed-through from the reverse side of the page.

Handwritten text, likely a title or header, appearing as bleed-through from the reverse side of the page.



I n h a l t.

E i n l e i t u n g.

Allgemeine Grundsätze der Interpretation des Reichs-Deputationschlusses. (§. 1—4.)

Erste Abtheilung.

Geschichtliche Theorie der Auslegung des Gesetzes.

Anweisung auf die mittelbaren Jungfrauen-Klöster in dem ersten Entschädigungsplan. (§. 5.)

Im zweiten Entschädigungsplan. (§. 6.)

Beispiele davon für Würtemberg, Mecklenburg, Reichs-Erzkanzler. (§. 7.)

Deren Aufnahme in den ersten Deputations-Hauptschluss. (§. 8.)

I n h a l t.

- „Einige Bemerkungen über die §§. 35. 36. desselben.“ (§. 9.)
Veränderungen im dritten Entschädigungsplan. (§. 10.)
Gedanken über den Geist der Deputationshandlungen. (§. 11.)
Abweichung von den allgemeinen durchgreifenden Grundsätzen,
wegen der Mediatsklöster, in Württemberg. (§. 12.)
Zweiter Deputations-Hauptschluss. (§. 13.)
Mit dessen französischem Urtext. (§. 14.)
Reichsgutachten wegen dessen Bestätigung. (§. 15.)
Kaiserliche Ratification desselben. (§. 16.)
Authentische Erklärung der vermittelnden Mächte. (§. 17.)
Für den buchstäblichen Sinn des französischen Originals.
(§. 18.)
Welche beibehaltene Domkirchen, und welche verabschiedete
Geistliche sollen aus den protestantischen Stifts- und
Klostergütern dotirt und versorgt werden? (§. 19—22.)
Kaiserliche Promulgation des neuen Reichsgesetzes an die
Reichsgerichte. (§. 23.)

Zweite Abtheilung.

Practische Beobachtungen über die Anwendung des Gesetzes.

- In den Kurpfalzbaierschen Landen. (§. 24.)
In den Königl. Preussischen alten Reichslanden. (§. 25.)
In den übrigen deutschen Staaten. (§. 26.)
Collision neuerer allgemeiner Reichsgesetze mit älteren Landes-
Compactaten und Privilegien. (§. 27.)

I n h a l t.

Namentlich mit dem Mecklenburgischen Assecurationsrevers
vom Jahr 1572 sowohl im Betref der Steuerfreiheit, (§. 28.)

als der Jungfrauen-Klöster. (§. 29.)

Das landesherrliche Reformations- und Secularisationsrecht.
(§. 30.)

besonders in Mecklenburg, (§. 31.)

in Rücksicht auf die geistlichen Stiftungen selbst, (§. 32.)

bedurfte keiner neuen Reichs-Gesetzgebung. (§. 33.)

Nur die etwanigen Ansprüche eines Dritten an die geistlichen
Stiftungen, (§. 34.)

sind durch die Reichs-Deputation aufgehoben. (§. 35.)

Diese mögen namentlich zur Entschädigung angewiesen seyn,
(§. 36.)

oder der landesherrlichen Disposition überlassen werden,
(§. 37.)

ohne einer namentlichen Aufzählung zu bedürfen, (§. 38.)

und sind in Mecklenburg schon durch ein neueres Herkommen
von der gesetzlichen Bestimmung abgewichen. (§. 39.)

Gleiche Collision mit dem Rostocker Erbvertrage, wegen des
Kreuzklosters. (§. 40.)

Mildere Aussicht auf eine aussergerichtliche Anwendung,
(§. 41.)

mit Rücksicht auf das zuerst angewiesene Entschädigungs-
Supplement. (§. 42.)

Nachschrift.

Berichtigung des Gasparischen Urtheils über den 35. §. des
Reichs-Deputations-Hauptschlusses. (§. 43—45.)

Inhalt.

Anmerkung.

(Zur Verhütung einer Verwechslung, sind die Allegationen der vorstehenden §§. in dem Text in Klammern eingeschlossen, die allegirten §§. des Gesetzes selbst aber nicht, z. B. §. 6, 9. bezeichnet, wenn vom Deputationsschlusse die Rede ist, diese Stellen desselben; hingegen (§. 6 u. 9.) bezieht sich auf eben diese Ziffern in der gegenwärtigen Abhandlung.)

E i n l e i t u n g.

§. 1.

Ueber die Auslegung und Anwendung des Reichs-friedens-Deputations-Hauptschlusses vom 25. Februar 1803, §. 35. 36. kann zwar eigentlich kein Zweifel, keine Ungewisheit Statt finden. Wenn man sich erinnert, welche vorzüglich ausgezeichnete Männer es waren, die, im Namen des gesammten deutschen Reichs, unter den Auspicien der vermittelnden Gesandtschaften Ruslands und Frankreichs, sechs Monate daran arbeiteten; mit wie vieler Bedächtlichkeit und Umsicht die Mitglieder der Reichsdeputation und die Verfasser ihres Recesses, sowohl die Gegenstände ordneten, als deren Fassung und Ausdruck wählten, abwogen, berichtigten und mehrmalen verbesserten, ehe sie das Resultat ihrer Arbeiten der Sanction des, unter seinem

Oberhaupt versammelten Reichs unterlegten; so stehet schon an sich nicht zu vermuthen: daß darinn ein Wort vergeblich und müßig, ohne ernsthafte Absicht und Bedeutung, angebracht seyn werden.

§. 2.

Allein nicht blos die hermeneutische Vermuthung streitet für den buchstäblichen Sinn jedes Ausdruckes: Nein, wenn auch die gewissenhafte Treue (*scrupuleuse fidélité*) womit, nach dem Zeichniß der vermittelnden Mächte, die ursprünglich in französischer Sprache abgefaßt, geprüft und angenommenen Beschlüsse in den deutschen Text übertragen wurden, irgend eine Zweideutigkeit des Ausdruckes übrig lassen könnte; so haben doch eben diese vermittelnden Mächte, schon seit der ersten Abfassung des Deputations-Hauptschlusses, am 3. December 1802, die Vorsicht geltend gemacht: daß durch die Beibehaltung des französischen Originals der, auf solche Weise zum Stande gebrachten ersten 47 Paragraphen, allen irrigen Auslegungen (*interpretations erronées*) und allen künftig möglichen Zweifeln auf das einleuchtendste vorgebeuget; ja selbst durch wiederholte Gegeneinanderhaltung beider Texte, jeder irgend bemerkbare Schatten von Zweideutigkeit in der deutschen Ausfertigung berichtigt wurde, um auch die Möglichkeit solcher Ungewissheiten auf das weiteste zu entfernen. a)

a) Man sehe die fünfte Beilage.

§. 5.

Wenn also demohingeachtet, auch nach Vollendung der zweiten und letzten Ausarbeitung des Hauptschlusses vom 25 Febr. und nach der Kaiserlichen Ratification des bestätigenden Reichs-Gutachtens vom 24 März und 27 April 1803, noch ein Zweifel darüber entstehen könnte:

wie die §§. 35. und 36. zu verstehen sind?

so darf, nach der wiederholten Erklärung der vermittelnden Minister vom 9 Mai 1803, die Auflösung solches Zweifels von keinem Reichstande anderswo gesucht werden, als in dem Texte des, auf diese Weise mit den vermittelnden Mächten einverstandenen Gesetzes selbst. Was darinn nicht ausgedrückt stehet, ist von ihnen nicht eingegangen: was Rechtens oder Nichtrechtens seyn soll, (*droits conferés et droits reserves*) ertheilte und nicht ertheilte Befugnisse, sind nur daraus zu ersehen. Auf vormalige Einrichtungen (*dispositions précédentes*) soll es, nach eben dieser authentischen Erklärung, dabei nicht ankommen: sie sind eben durch das neuere Reichs-Grundgesetz abgeschafft, und nur das Andenken von ihnen ist übrig geblieben; in Zukunft soll auf sie nicht weiter Bezug genommen werden. b)

b) Zwölfte Beilage.

§. 4.

So viel von den Normen der Auslegung des Deputationsschlusses im Allgemeinen. Was die vorliegenden beiden Paragraphen insbesondere anbelangt, so läßt auch deren eigentliche Tendenz gar keinen Zweifel übrig, so bald man sich nur die Mühe nimmt, der Geschichte ihrer allmählichen Construirung, vom Anbeginn ihres ersten Entwurfs, bis zur letzten Vollendung ihrer, zum Gesetz gereiften itzigen Ausbildung, in den Deputations-Handlungen selbst nachzuspüren.

E r s t e A b t h e i l u n g.

Theorie der Auslegung des Gesetzes.

§. 5.

Schon von dem Rastädter Congresse her, war bekanntlich das Säcularisationssystem in den Lüneviller Friedensschluss und dessen Vollstreckungshandlungen übertragen. Gleich in dem ersten Indemnitätsplan, den die vermittelnden Russisch-französischen Minister der Reichs-Deputation zu Regensburg, bei deren Eröffnung, am 18 Aug. 1802. vorlegten, war auch auf die, nicht schon namentlich zur Entschädigung angewiesenen

„Güter

„Güter der mittelbaren Jungfrauen-Klöster,“

ohne auf deren Religionsunterschied Rücksicht zu nehmen, insoferne mit gerechnet: daß daraus nicht allein

- 1) die beibehaltenen oder neu errichteten Domkirchen, zum Unterhalt der Bischöfe und ihrer Kapitel, so wie zu andern gottesdienstlichen Bedürfnissen, mit den nöthigen Fonds versehen, und
- 2) die lebenswierigen Pensionen für die verabschiedeten Geistlichen bestritten werden, sondern auch
- 3) diejenigen Reichstände und unmittelbare Reichsglieder, für welche die angewiesene Entschädigungsmasse erweislich nicht hinreichen würde, ihre subsidiarische Befriedigung erhalten sollten. Nur allein die diesseitigen Güter und Einkünfte der jenseits des Rheins gelegenen geistlichen Stiftungen sollten davon getrennt und der Disposition der respectiven Regierungen überlassen werden, und umgekehrt. c)

Für die übrigen Landesherren würde hiebei, ausser dem dereinstigen Anfall der absterbenden geistlichen Pensionen, nichts weiter übrig geblieben seyn, als die Landeshoheit, auch über die, an andre Reichstände eigenthümlich vertheilten Klostergüter.

§. 6.

In dem, nach mehreren Reclamationen, vollständiger ausgearbeiteten Entschädigungsplan, welchen die Gesandten der vermittelnden Mächte, am 8 Oct. 1802, der Reichs-Deputation vorlegten, ward es daher, als ein, von dem Säcularisationssystem der geistlichen Stiftungen, unzertrennliches Grundprincip, im §. 34. Nr. II. voraufgeschickt: dafs

„alle Güter der fundirten“ (d. i. mit liegenden Gründen bewidmeten, nicht blos von jährlichen Renten, oder von Almosen, wie die Bettelorden, subsistirenden), „mittelbaren Klöster, nicht blos „katholischer, sondern auch von protestantischer Religion, worüber nicht schon namentlich in der Entschädigungsvertheilung disponirt worden, der freien und vollen Disposition „ihrer respectiven Landesfürsten übergeben seyn; und dafs diese der landesherrlichen Disposition überlassenen Klöster an „solche ihre neuen Besitzer, mit allen ihren „Gütern, Rechten und Einkünften, an welchem Orte diese auch immer anzutreffen seyn „möchten, übergehen sollten.“ d)

Zwar ward auch hier, die damit vorhin verknüpfte dreifache Belästigung angenommen: dafs daraus

d) Zweite Beilage.

- 1) die Ergänzung der Entschädigung derjenigen Reichsfürsten und erblichen Reichsglieder, zu deren Schadloshaltung immerwährende Renten angewiesen worden, die auf eben diese Masse hafteten;
- 2) die Dotalfonds der beibehaltenen Domkirchen, und
- 3) die Pensionen für die verabschiedete Geistlichkeit

bestritten werden sollten. Doch beschränkte man eben diese Verpflichtungen ausdrücklich darauf: daß zu dem Entschädigungssupplement Nr. I.

in keinem Fall mehr, als drei Zehnttheile von den Einkünften der namentlich und förmlich dazu angewiesenen Klöster

verwandt werden sollten, folglich die übrigen sieben Zehnttheile den beiden andern Bestimmungen und, nach deren Erreichung, der landesherrlichen freien und vollen Disposition aufbehalten bleiben sollten.

§. 7.

Zur Probe, von den namentlich und förmlich zur Entschädigung vertheilten katholischen und protestantischen Klöstern, theils ausserhalb, theils innerhalb Landes, dienen in eben dem Indemnitätsplan, §. 6. die dem Herzog von Würtemberg, unter andern zugetheilten

„sämmlichen Klöster, sowohl in seinen neuen
„als in seinen alten Besitzungen,“

hingegen von den namentlich, zur Entschädigung auf
Mediatstifter, ohne Unterschied der Religion, für
fremde Fürsten angewiesenen jährlichen Renten,
welchen solchergestalt die Güter der nicht namentlich
vertheilten Mediatstifter und Klöster zur Ergänzung
und Ausfüllung dienen sollten, enthält der §. 9. ein
Beispiel. In demselben ward dem Herzog zu Meck-
lenburg-Schwerin zum Ersatz für seinen Antheil an
dem Domstifte zu Strasburg,

„eine immerwährende jährliche Rente von 10,000
aus den Osnabrückischen mittelbaren Kapiteln
und Klöstern, um solche zur Erwerbung des
Lauenburgischen Amtes Neuhaus zwischen der
Elbe und Regnitz anzuwenden,“

zuerkannt. Ohne namentliche Aufzählung und An-
weisung, so wie gleichfalls ohne Unterschied der
Religion, wurden endlich in dem 25 §. zur Ergänzung
der Million Gulden jährlicher Einkünfte für den
Churfürsten-Erzkanzler, wie für dessen Domkapitel

„Assignmenten auf mittelbare Stifter, Abteien
„und Klöster vorbehalten.“

§. 8.

Es ist kein Zweifel, daß nicht auch protestantische
Mediatklöster sich die Anweisung jährlicher Renten,
auf ihre Einkünfte für den Churfürsten-Erzkanzler,

oder andre Reichsfürsten und erbliche Reichsangehörige würden haben gefallen lassen müssen, und daß deren Landesherren mit den vorbehaltenen sieben Zehnttheilen der Aufkünfte gedachter Klöster, zu den übrigen angewiesenen Zwecken, sich würden haben begnügen müssen, wenn es dabei geblieben wäre.

Allein, weil es anstößig scheinen mußte, daß katholische Geistliche einen Theil ihrer Sustentation aus evangelischen geistlichen Stiftungen ziehen und diese also, wider die gesetzliche Bestimmung des, bekanntlich wechselseitigen geistlichen Vorbehalts (in dem Religionsfrieden von 1555, §. 18. 19.) zum Besten der Geistlichkeit einer andern Religion verwandt werden, mithin an diese übergehen sollten; so blieb zwar der neue Entschädigungsplan im §. 25. und sonst im übrigen unverändert: nur mit der Beschränkung, daß am Schlusse des (itzt in vier Paragraphen 34—37. vertheilten) vormaligen 34. itzt 35 §.

„die protestantischen oder vermischten Klöster hievon (nämlich von dieser Entschädigungsverwendung, nicht aber von jener landesfürstlichen freien und vollen Disposition, worunter sie in der, dem §. 35. voraufgeschickten allgemeinen Regel ausdrücklich mit begriffen wurden) ausbeschieden seyn sollten.“

Eben so ward auch, nicht die allgemeine landesherrliche Disposition über die protestantischen Mediatklöster, sondern nur allein die besondere Verwendung der im §. 6. dem Herzoge von Würtemberg zugetheilten protestantischen Mediatklöster in seinen

alten Besitzungen auf die Beschränkung zurück geführt:

„mit Vorbehalt ihrer verfassungsmässigen Bestimmung.“

Bei der allgemeinen Enuntiation der Regel im §. 35. blieb der Zusatz einer solchen Ausnahme weg und sollte also darauf, nach der Absicht der Verfasser, nicht anwendlich werden.

Endlich ward im §. 9. auf die Churbraunschweigische Gegenvorstellung gegen die Anweisung einer Rente auf das Hochstift Osnabrück vom 26 Oct. 1802, e) wobei das Haus Mecklenburg sich beruhigt hatte, die hievorige Hinweisung auf das Lauenburgische Amt Neuhaus mit dem Vorbehalt:

„eines weiteren Einverständnisses zwischen den vermittelnden Mächten und dem König von England, als Churfürsten von Braunschweig-Lüneburg“

vertauscht.

Alle diese veränderten Verfügungen wurden, in Gefolge erneuerter Anträge der vermittelnden Minister vom 5 Nov. f) nicht allein in den deutschen Text der

e) Protocoll der ausserordentlichen Reichs-Deputation, I. B. Sessio XXI. S. 446. 447. Beilage N. CXLV.

f) Ebendaselbst, Beilage N. CCXX.

ersten Ausfertigung des Reichs-Deputations-Hauptschlusses vom 23 Nov. 1802. §. 6. 9. 25. 35. 36. wörtlich aufgenommen, ff) sondern auch in dem, auf Verlangen derselben am 3 Dec. der deutschen Uebersetzung beigefügten französischen Original der ersten 47 §§. gleichergestalt ausgedrückt. g)

§. 9.

Es konnte nicht ausbleiben, ein Gesetz, was so vielen geistlichen Stiftungen den Untergang verkündigte, was das Interesse so vieler daran Theil nehmenden Familien beiderlei Religionen durchkreuzte, was die Grundverträge und die darauf gebauete Verfassung so vieler Länder mehr oder weniger untergräbt, indem es an der einen Seite die erste Classe der Landes-Repräsentanten, den ganzen Prälatenstand, zernichtet, und auf der andern Seite der obersten Gewalt im Staate, dem Landesherrn, ein neues Uebergewicht, durch die Einziehung so vieler begüterten geistlichen Stifter, Abteien und Klöster, beileget, ein solches Gesetz, sage ich, mußte grofse Sensation verursachen, mußte viele Gegner finden, manche Zweifel und Widersprüche in Bewegung setzen. Besonders seitdem man in Baiern schon anfang, das neue Gesetz, als es kaum erst vorgeschlagen, noch nicht einmal abgefasst, weniger noch genehmiget war, gegen die dortigen Prälaturen und Klostergeistlichen beiderlei Geschlechts,

ff) Vierte Beilage.

g) Fünfte und sechste Beilage.

ohne Schonung und Ausnahme, provisorisch zur Ausführung zu bringen; war nichts natürlicher, als die Besorgniß, daß allen geistlichen Stiftungen anderer Reichsländer, früher oder später, ein gleiches Schicksal drohe.

Der Verfasser einer in Regensburg, zu Anfang des Jahres 1803, ausgetheilten Schrift, unter dem Titel:

Einige Bemerkungen über die §§. 35. 36. des Hauptdeputations-Schlusses vom 23. Nov. 1802; den hohen Gesandtschaften der vermittelnden Mächte, der allgemeinen Reichsversammlung und der gegenwärtigen ausserordentlichen Reichsdeputation, zur Beherzigung gewidmet, 1803. (22 S. in 8.)

benutzte diesen Augenblick, um die drei auf den Titel benannten hohen Behörden (§. 3.) auf die Schicksale so vieler Communitäten und Individuen aufmerksam zu machen, suchte, die Existenz solcher Institute zu sichern, die auf die Erziehung, den Unterricht, die Wissenschaften, den Landes-Credit und den Wohlstand der sie umgebenden Gegenden keinen geringen Einfluß haben, und den Verfassungen altweltlicher Länder das Wort zu reden. Er fand es (S. 8.) „nicht „wahrscheinlich, daß die vermittelnden Mächte das „System der Säcularisation, oder ihren disponirenden „Einfluß auch über die Grenzen des eigentlichen „Entschädigungs - Werkes, und selbst zum „Nachtheil der Landesverfassungen, hätten ausdehnen „wollen.“

Er suchte dagegen alle Gründe hervor, um die Deutung des Gesetzes (S. 6. 9.) geltend zu machen:

„Dafs die befraglichen Bestimmungen eigentlich
 „nur auf die Stifter und Klöster in den Ent-
 „schädigungs - Landen gemeinet seyn können“
 Indem er es (S. 14.) wenigstens für unwidersprech-
 lich erklärte: „dafs die allegirten §. §. keines-
 „weges deutlich und bestimmt genug gefafst
 „seyen;“ forderte er (S. 15.) die gegenwärtige
 ausserordentliche Reichs-Deputation auf:
 „dafs sie im Einverständnis mit den Ministern der
 „vermittelnden Mächte, jene Ungewisheit durch
 „bestimmte Erläuterungen noch in Zeiten
 „zu heben suche.“ Er erinnerte (S. 21.) die hohen
 Gesandtschaften an der gegenwärtigen ausser-
 ordentlichen Reichs-Deputation und an
 der allgemeinen Reichsversammlung:
 „nicht zu vergessen, dafs sie in ihrem grofsen
 „Berufe nicht blos den Vorthail, oder das Inter-
 „esse der Regenten, ihrer respectiven Principalen,
 „sondern auch jenes der Länder und gemeinen
 „Unterthanen zu besorgen und zu bewahren haben,
 „und es, um ihre Pflicht auch gegen die letzteren
 „zu erfüllen, nicht immer erst auf Reclamationen
 „ankommen zu lassen.“

Es ist kein Zweifel, dafs diese Flugschrift, wo nicht von allen, doch von vielen der Männer, denen sie zur Beherzigung eigentlich empfohlen war, gelesen worden sei; und dafs ihr Verfasser, wahr- scheinlich ein benachbarter Prälat, es auch nicht an mittelbaren oder unmittelbaren Insinuationen werde

haben fehlen lassen, um seiner Intention bei einer, oder der andern dieser respectablen Classen von Lesern Eingang zu verschaffen. Wenigstens war es gerade damals Zeit, auf die Gemüther derselben zu wirken, wenn noch eine, für die Absicht seiner Deutung nützliche Anwendung oder Erläuterung in dem Gesetze angebracht werden sollte.

Er war um so vielmehr berechtigt, einen günstigen Erfolg von seinen Verwendungen, eine, seinen Wünschen gemäße Erläuterung zu erwarten, als schon, gleich nach Eröffnung der Reichs-Deputations-Verhandlungen über den ersten Indemnitätsplan in der IV. Sitzung h) am 14 Sept. 1802. die Gesandtschaften von Chursachsen und Hoch- und Deutschmeier dahin abgestimmt hatten:

„dafs die Beiziehung von Mediatstiftern und Klöstern nur von denjenigen Ländern, welche itzt zur Säcularisation bestimmt sind, nicht aber von den Besitzungen der weltlichen Fürsten, deren landeshoheitliche Rechte nicht gekränkt werden dürften, am wenigsten aber von Stiftungen in evangelischen Reichslanden zu verstehen sei, bei welchen ohnehin der Begriff von Säcularisation nicht anwendbar ist, und wobei landesherrliche und landständische Gerechtsame eintreten.“

h) Protocoll der ausserordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg, erster Band, Sessio IV. S. 79. 82.

Auch ist hier, wo es nur auf die geschichtliche Entwicklung der allmählichen Entstehung des neuesten Reichs-Deputations-Hauptschlusses ankommt, keinesweges der Ort, die Gründe des Verfassers entkräften und der entgegengesetzten Deutung den Vorzug verschaffen zu wollen: seine competenten Richter, die auf dem Titel benannten Leser, mit den Gründen seiner Deutung und mit dem Bedürfniss ihrer Erläuterung völlig bekannt gemacht, überheben uns dieser Mühe; und der Erfolg belehret uns auf die entscheidendste Weise darüber: Ob sie wirklich eine Ungewissheit in den Gesetzen fanden, und welcher Deutung derselben sie den Vorzug zuerkannten? mit einem Wort: wie sie die Pflichten ihres hohen Berufs erfüllten?

§. 10.

Nachdem immittelst (seit der XXXVII. Sitzung) die Beibehaltung der Rheinzölle mit der Schiffahrts-Octroi, zum Verstärkungsmittel der Entschädigungsmasse, in Vorschlag gebracht und namentlich für den Churfürsten-Erzkanzler hh) angenommen war; bedurfte es dazu des bisherigen Entschädigungs-Supplements nicht weiter. Die Anweisung von Renten aus Mediat-Klöstern zu diesem Zweck konnte nun entweder ganz aufhören, oder eine veränderte Richtung erhalten. Alles, was sich hierauf in dem Deputationsschlusse vom 23. Nov. 1802. bezog, erhielt nun, nach dem Vorschlag der

hh) Protocoll der ausserordentlichen Reichs-Deputation.
II. Band. S. 727. f. f.

vermittelnden Minister vom 11. Febr. 1803. i) eine wesentliche Abänderung. Sowohl die vormalige namentliche Anweisung des Herzogs zu Mecklenburg-Schwerin auf die Klöster des Hochstifts Osnabrück, als die des Churfürsten-Erzkanzlers auf ungenannte Mediatstifter, ward (im §, 9. und 25.) beiden abgenommen und auf die Rhein-Schiffahrts-Octroi übertragen.

Weil diese aber nur einen sehr precären Ertrag zu gewähren schien, der den darauf angewiesenen Renten bei weitem nicht gereicht werden konnte; so ward dagegen zum Supplement der darauf haftenden Entschädigungen, die freie und volle Disposition der Landesfürsten über alle Güter ihrer fundirten mittelbaren Klöster, katholischer und protestantischer Religion (im §. 35.) anstatt deren bisheriger Verwendung zu fremden Entschädigungen, ausser den Bedürfnissen des Gottesdienstes, des Unterrichts- und anderer gemeinnützlicher Anstalten, nun ausdrücklich auf

„die Erleichterung ihrer Finanzen“

erweitert und namentlich auf die Klöster

„sowohl in ihren alten, als neuen Besitzungen“

erstreckt. Ihre Disposition blieb nun nicht mehr auf sieben Zehntheile der Klösteraufkünfte beschränkt; und die protestantischen oder vermischten Klöster

i) Siebente Beilage.

auffen nun nicht weiter ausbeschieden werden, sondern deren vormalige Ausnahme ward nun ausdrücklich zurückgenommen, weil die einzige vorhin ausbeschiedene Verwendung derselben nun gänzlich wegfiel.

Alle diese Distinctionen wurden absichtlich aufgehoben, dagegen unter den Zubehörungen, mit welchen die der landesfürstlichen Disposition überlassenen Klöster, (nach dem §. 36.) an ihre neuen Besitzer übergehen sollten, zu desto mehrerer Deutlichkeit, auch ihre

„Capitalien“

ausgedrückt; und man freuete sich, eine so nachtheilige Lücke in dem Deputations-Hauptschlusse und dessen 35. §. nunmehr glücklich ausgefüllt zu haben.

Wenn also bisher dem Verfasser der Bemerkungen (§. 9.) es noch zweifelhaft gewesen war: ob unter den befraglichen Bestimmungen auch andre, als die Entschädigungs-Lande gemeinet seyn könnten; so war nun jede Ungewissheit ihrer Tendenz durch diese authentische Erläuterung gehoben; es war dadurch gerade das Gegentheil der, von ihm, den vermittelnden Gesandten zur Beherzigung empfohlen beschränkten Auslegung dieser §§. angenommen. Es war dieses auch um so viel eher zu erwarten, als schon seit dem 23. Nov. 1802. die zur Entschädigung angewiesenen Stifter und Klöster von den, nicht zur Entschädigung angewiesenen, sondern ohne Rücksicht auf Verlust oder Ersatz, ausserdem den Landesherren zur freien

Disposition überlassenen, wenigstens dem Begriff nach, ausdrücklich abgesondert, wenn gleich dem Effect nach beide objectivisch verschiedene Classen, subjectivisch wieder unter Eine Kategorie gestellt wurden.

§. 11.

So wie von diesem Augenblick an, der Gesichtspunkt einer Entschädigung bei Ueberlassung der Mediatstifter und Klöster gänzlich aufhörte; eben so wenig darf man überhaupt, in der Erklärung der vorliegenden Urkunde, blos bei dem eingeschränkten Princip der Entschädigungen, wie es im VII. Artikel des Lüneviller Friedenstractats ^{k)} zum Grunde gelegt war, stehen bleiben: ein Maasstab, der schon längst nicht mit ängstlicher Genauigkeit festgehalten, vielmehr mit eben so häufigen neuen gesetzlichen Bestimmungen (z. B. §. 1. 4. 12. 13. 26. 27. 29. 31. 32. 33.) verwechselt, der namentlich in Ansehung der Disposition über die mittelbaren Stifter seit dem 11. Febr. 1803. gänzlich verlassen war. ^{l)}

^{k)} L'empire sera tenu de donner aux Princes héréditaires, qui se trouvent dépossédés à la rive gauche du Rhin, un de dommagement, qui sera pris dans le sein du dit Empire, suivant les arrangements qui d'après ces bases, seront ultérieurement déterminés.

^{l)} Siebente Beilage,

Man darf nur wenig mit dem Geist der ganzen Deputations-Verhandlungen, zumal in deren letzten Periode, vertraut seyn, um darinn, nach dem wörtlichen Urtheile eines Augenzeugen, neben der Entschädigungs-Verwendung, noch mehr eine andre, selbst nicht von den Gesandten verhohlen gewordene Absicht zu entdecken, nämlich: eine neue politische Ordnung der Dinge in den Staaten selbst hervorzu-bringen, und den Landesherren mehr Rechte, mehr Kraft in ihrem Inneren zu verschaffen, um dadurch dem Reichskörper einen Theil des, durch den Verlust des linken Rheinufers, ihm genommenen Lebens auf eine andre Weise wieder zu ersetzen; und sicherlich würde dieses noch weiter gegangen seyn, wenn die Reichsstände die Gelegenheit dazu mehr hätten benutzen wollen.

Nicht also das Entschädigungs-Princip war allein mehr der Grund, aus welchem gehandelt wurde: Nein, man suchte politisches Gleichgewicht und verstärkte innere Consistenz dem von aussen so sehr verwundeten Staatskörper wieder zu geben.

Sollte nicht, insoferne diese veränderten Grundsätze von Frankreich aus dictiret wurden, schon hier ein leises Ahnden des Anti-Republicanismus zu verspüren seyn, der ein Jahr später, in der so glücklich wiederhergestellten Monarchie des neuen Kaisers, offen sich zu Tage legte?

§. 12.

Nur in dem, die Württembergischen Entschädigungen betreffenden 6. §. ward die allgemeine Regel,

welche im §. 35. den Unterschied zwischen den Klöstern, der alten und der neuen Besitzungen in Ansehung der landesfürstlichen Disposition aufhob, namentlich auf die Klöster der neuen Besitzungen eingeschränkt; die Klöster in den alten Württembergischen Besitzungen wurden gänzlich ausgelassen; in Ansehung ihrer bedurfte es also des Vorbehalts ihrer verfassungsmässigen Bestimmung nun nicht weiter. Der Württembergische Subdelegirte bei der Reichs-Deputation erklärte diese Veränderung in seinem Votum zum Deputations-Protocoll der XLIII. Sitzung vom 15. Febr. 1803. so:

„die §. 6. durchstrichenen Worte fallen um des-
 „willen hinweg, weil nunmehr §. 35. allgemein
 „durchgreifende Grundsätze in Beziehung
 „auf die geistlichen Besitzungen, und derselben
 „Verwendung zum Besten der Kirche, des öffent-
 „lichen Unterrichts und des Staats festgesetzt
 „worden sind.“ m)

Dagegen hatte nun zwar Niemand etwas zu erinnern. Wahrscheinlich würden auch die 14 reichen Prälaten in Württemberg, ihrer Landstandschaft ohngeachtet, der Anwendung jener allgemein durchgreifenden Grundsätze eben so wenig, als die Baierschen, entgangen seyn, wenn es nicht anderweitig bekannt genug wäre; dafs zu eben der Zeit,
 als

m) Protocoll der ausserordentlichen Reichs-Deputation, II. Band. Sessio XLIII. S. 812.

als der Reichs-Deputationschluss in Regensburg unterhandelt wurde, eine separate geheime Convention mit Frankreich den Churfürsten ausdrücklich verpflichtet hatte

„die Klöster und Prälaten, so Landstände sind,
„in seinen alten Ländern zu belassen, wie sie
„sind.“

Es würde dieser besonderen Verabredung nicht bedurft haben, wenn schon ausserdem es von selbst sich verstanden hätte, dass landständische geistliche Stiftungen in den alten evangelischen Reichslanden von den allgemein durchgreifenden Wirkungen des Deputations-Schlusses befreit seyn sollten.

Diese, durch die eben so bekannten Negociationen der Württembergischen Landschaft, in Paris bewirkte Ausnahme von der Regel des Deputations-Hauptschlusses bestätigt folglich dessen Anwendlichkeit in allen andern, nicht eben so ausdrücklich ausbeschiedenen Staaten Deutschlands desto uneingeschränkter.

§. 15.

In eben dieser XLIII. und der folgenden (XLIV.) Sitzung beschäftigte sich nämlich die versammelte Reichsdeputation mit der Prüfung der, von den vermittelnden Ministern vorgeschlagenen Fassung der abzuändernden Paragraphen des Haupt-Schlusses vom 23. November.

Auch bei dieser Gelegenheit inhärrten die beiden Gefandtschaften von Kurfachsen und Hoch- und Deutschmeister ihren vormaligen Abstimmungen (§. 9.):

„dafs die §. 35. gemachte ausdrückliche Erstreckung des Säcularisations-Rechts der Landesherren auf alle Mediattifter und Klöster in den alten Erblanden außer dem der Deputation angewiesenen Geschäftskreise liege;“ „dafs dadurch die, nach dem Westphälischen Frieden und besonderen Verträgen, in jedem reichständischen Lande bestehende Verfassung, überhaupt aber die gegründeten Rechte eines dritten, nicht aufgehoben, noch verändert werden;“ — — „dafs dieser §. nicht anders, als unter der vormals, §. 6. des Deputations-Hauptschlusses enthaltenen Beschränkung, nämlich ohne Abbruch der verfassungsmässigen Bestimmung, verstanden werden wolle.“

Allein außer der bereits (§. 12.) angeführten Erklärung Würtembergs über die Allgemeinheit der Tendenz des gedachten Paragraphen insbesondre, stimmten die Subdelegirten von Kurbrandenburg, Baiern, Hessen-Cassel und Kurmainz ausdrücklich für die Aufnahme und Einschaltung der

„sämmlichen (von den vermittelnden Ministern) vorgeschlagenen Beisätze, Ergänzungen und Abänderungen in dem Deputationsschlusse.“

Ohne auf jene dissentirende zwei Stimmen weiter zu achten, ward, in Gefolge dieses Uebergewichts einer entscheidenden Stimmen-Mehrheit, das gemeinschaftliche Concluseum am 15. Februar dahin abgefaßt:

„daß den Anträgen der vermittelnden Minister, nur mit alleiniger Ausnahme einiger Bemerkungen über die einzigen beiden §§. 29. und 39. (also in Ansehung der §§. 35. und 36. unbedingt) beizutreten sei und hiernach nunmehr die Paragraphen des Deputations-Hauptschlusses, welche Abänderungen und Zusätze erhalten sollten, zu adjustiren seyen.“

Als man am 16. Febr. damit fertig geworden war, wurden die darnach abgeänderten Paragraphen öffentlich vorgelesen; und,

„nachdem sämmtliche neu redigirte Paragraphen verlesen und adjustirt worden; erklärten Domini Subdelegati: daß sie solche den Noten der vermittelnden Herren Ministern und den bisherigen Deputations-Conclusis gemäß fänden.“ n)

So beherzigten die Gesandten bei der außerordentlichen Reichs-Deputation die ihnen empfohlenen Bemerkungen über den §. 35. und 36. des Deputationschlusses; und so erfüllten sie den,

n) Protocoll der außerordentlichen Reichs-Deputation. II:
Band. S. 802. 806. 807. 809. 810. 817. 818 819. 822.

von deren Verfasser (§. 9.) ihnen in Erinnerung gebrachten grossen Beruf: dass die von ihm vorgeschlagene Erläuterung zwar wirklich in Bewegung gebracht, aber nach reiflich erwogenen Gegengründen, (in contradictorio) durch eine überwiegende Majorität, desto unwidersprechlicher verworfen wurde!

§. 14.

Hiermit noch nicht zufrieden, nahmen zwar die vermittelnden Gesandten die, von der kaiserlichen Plenipotenz ihnen zugestellten abgeänderten Paragraphen, und namentlich den §. 6. 9. 25. 35. und 36. des Deputations-Hauptschlusses, nn) als mit ihren Vorschlägen und mit den Deputations-Beschlüssen übereinstimmend, an. Weil aber das Original der 47. ersten §§. französisch ausgefertigt war; so trugen sie am 24. Febr. 1803. wiederholt darauf an: dass eine neue französische Ausfertigung derselben, mit den zuletzt einverstanden gebliebenen Abänderungen, der deutschen Uebersetzung von der Reichs-Deputation beigefügt und ein zweites Exemplar des Hauptschlusses, worinn die abgeänderten Paragraphen, nach ihrer Ordnung, in der beigefügten neuen Fassung eingeschaltet wären, bei der Reichs-Versammlung eingereicht wurde. o)

nn) Protocoll der ausserordentlichen Reichs-Deputation.
CCCXXXIII. und CCCXXXVI. Beilage, S. 188. 194.

o) Achte Beilage.

Beides geschah sogleich am folgenden Tage. p)
Die Deputation gestand in ihrem Bericht an die allgemeine Reichs-Versammlung vom 25. Februar:

„dass der Deputations-Hauptschluss vom 23. Nov.
„1802. noch nicht alle, zu dem Entschädigungs-
„Geschäfte gehörige Gegenstände erschöpfen
„konnte, sondern darinn noch manche wich-
„tige Bestimmungen vorbehalten werden mussten
„— — dass die in ihrem ersten Deputations-
„Hauptschlüsse noch fehlenden wesent-
„lichen Bestimmungen nunmehr wirklich erfol-
„gen konnten, dass sie daher hiernach bei
„allen einschlagenden Stellen und Paragraphen
„des Deputations-Hauptschlusses die nöthigen
„Abänderungen getroffen habe, — — um
„auf solche Art der allgemeinen Reichs-Veramm-
„lung diesen abgeänderten Deputations-Haupt-
„schluss abermal in vollem Zusammenhange
„vorlegen zu können. q)

§. 15.

So entstand, in einem halbjährigen Zeitraume,
nach und nach jedes sorgfältig überdachte einzelne
Wort der vorliegenden Paragraphen, ohne dabei wei-
tere Abänderungen nöthig zu halten.

p) Neunte Beilage.

q) Protocoll der außerordentlichen Reichs-Deputation. Sessio
XLVI. II. Band. S. 840. 841—934. 938.

Die hohe Comitialversammlung hatte sich noch einen Monat länger Zeit gelassen, von den Zweifeln und Wünschen des Verfassers der Bemerkungen etc. Kenntniss zu nehmen; und gerade sie hätte, vorzüglich in diesem entscheidenden Augenblick einer neuen Reichs - Gesetzgebung, sowohl die Befugnis, als die Verpflichtung gehabt, davon Gebrauch zu machen, wenn es ihre Absicht gewesen wäre, die Ihr zur Berichtigung empfohlene restrictive Auslegung zu billigen, oder auch nur die vermeintliche Ungewisheit der ersten Redaction des Deputations-Schlusses vom 23. Nov. wieder herzustellen. Dennoch ward in dem am 24. März abgestatteten Reichsgutachten nur der mit den Abänderungen und Zusätzen vom 25. Febr. neu verfasste Deputations-Hauptschluss,

„nach reifer der Sache Erwägung, als das einzige Mittel, den für das Wohl des gesammten deutschen Vaterlandes und für die Erhaltung des Reichsverbandes selbst so nothwendigen Ruhestand zu befestigen, und eine gute Ordnung der Dinge im Reiche wieder herzustellen, von gesammten Reichswegen genehmiget r).

Wenn sie aber zugleich, ihres hohen Berufs zur genaueren Prüfung seines Inhalts vollkommen eingedenck, die Bestätigung der Reichsgrundgesetze insonderheit des Osnabrückschen Friedens-Instruments und der darauf gefolgten Friedens-Schlüsse,

r) Zehnte Beilage.

„in so ferne solche durch den Lüneviller Tractat
„und den gegenwärtigen Reichs-Schluss nicht
ausdrücklich abgeändert worden,“

so wie eine Verwahrung der bisher bestehenden deut-
schen Reichs-Verfassung „in allen übrigen nicht
ausdrücklich geänderten Puncten voraussetzte;
so ging sie dabei von der Ueberzeugung aus: dass
durch den Reichsdeputations-Schluss allerdings die
ältern Reichsfundamental-Gesetze, mit der darauf
gebaueten deutschen Reichs-Verfassung, in mehrern
Stücken eine Abänderung erlitten hatte.

Zu diesen wissentlichen und itzt wohlbedächlich
anerkannten Abänderungen gehörte unstreitig auch die
landesherrliche Dispositions-Befugnis über die mit-
telbaren Stifter und Klöster, in soferne deren Beibe-
haltung bis dahin auf reichs-oberhauptlich sanctio-
nirte Landesverträge beruhete, oder zum Theil durch
ausdrückliche Reichs-Grundgesetze s), gegen jede lan-
desherrliche Einziehung gesichert war. Dennoch ward
diese von den angenommenen Abänderungen der
bisherigen Reichs-Gesetze und Verfassung nicht ausbe-
schieden, sondern darunter stillschweigend mitbegrif-
fen; eben dadurch ward folglich auch sie in ihrem
ganzen Umfang, ohne alle Beschränkung auf die Ent-
schädigungs-Lande, zur gesetzlichen Kraft befördert.

s) Osnabrückfches Friedens-Instrument Art.
XI. §. 1, 4, 6.

§. 16.

Noch einen ganzen Monat später, also nach noch gereifterer Ueberlegung, erfolgte die kaiserliche allerhöchste Sanction des neuen Reichs-Fundamental-Gesetzes in dem Ratifications-Decret vom 27. April t). Auch dieses trägt das unverkennbarste Gepräge der genauesten Kenntnissnehmung und sorgfältigsten Untersuchung an der Stirne. Auch in demselben findet man hier Ausnahmen, dort nähere Bestimmungen. Namentlich wurden darinn, unter mehrern vorausgesetzten Bedingungen und Reservationen, die §§. 2. und 32. von der reichsoberhauptlichen Genehmigung ausdrücklich ausbeschrieben.

Konnten nicht auch eben so gut die §§. 35. und 36. von der allerhöchsten Ratification entweder ganz oder zum Theil ausgeschlossen, oder allenfalls nur auf die Entschädigungslande beschränkt werden, wenn deren ausdrückliche Erweiterung auf die alten Besitzungen beider Religionstheile irgend bedenklich oder mißfällig gewesen wäre?

Wird also nicht gerade, durch die Beschränkung der Ausnahmen auf die beiden einzigen §§. 2. und 32, jeder andrer Paragraph des Deputations-Schlusses vom 25. Febr. mithin auch die §§. 35. und 36, in ihrer wörtlichen Fassung, desto uneingeschränkter unter die Kategorie der Regel einer unbedingten Ratification aufgenommen? nach den bekannten Grundsätzen: *exceptio firmat regulam in casibus non exceptis!*

t) Eilfte Beilage.

§. 17.

Nachdem folchergeſtalt das Geſchäft der neuen Reichs-Legislation auf die verfaſſungsmäſſigſte Weiſe völlig beendigt war; konnten die vermittelnden Mächte deſto unbedenklicher ihrer Arbeit das Siegel aufdrücken. Indem ſie in der vorhin ſchon (§. 3.) voraufgeſchickten gefandſchaftlichen Erklärung vom 9. May jeden Zweifel gegen die buchſtäbliche Auslegung des Textes für immer entfernten; verwarfen ſie zugleich jede Beſchränkung auf darinn nicht ausgedrückte Rechte und entkräfteten im voraus jeden Bezug auf ältere Verfaſſung und aufgehobene Geſetze u). Konnte man deutlicher und unzweideutiger ſich darüber äußern, daß die auch ihnen zur Beherzigung empfohlne Zurückführung der landesherrlichen Diſpoſition über die mittelbaren Stifter und Klöſter im §. 35. und 36. auf die Entſchädigungs-Länder, außer dem Gebiet ihrer Intention lag, und ihren Beifall nicht fand? Wer war auch mehr zu dieſer authentischen Erklärung berechtigt, als eben ſie, denen actenkündig jedes Wort der 47 erſten Paragraphen des Deputationsſchlusses eigenthümlich angehörte? Da bekanntlich ein jeder ſeiner eigenen Worte beſter Ausleger iſt.

§. 18.

Läſt es ſich nun noch wohl gedenken, daß in dieſem von den beiden erſten Europäiſchen Mächten

u) Zwölfte Beilage.

für authentisch erklärten Text Ein Wort umsonst und zwecklos aufgenommen seyn sollte? Wer sieht nicht vielmehr deutlich, daß die erleuchteten Verfasser des-
selben die wesentlich verschiedenen Begriffe von

fundirten und nicht fundirten,	} Klöstern
Manns- und Jungfrauen -	
mittelbaren und unmittelbaren,	
katholischen und protestantischen	

in den alten und neuen Besitzungen sehr gut von einander zu unterscheiden wußten? Ist es denn wohl glaublich: daß sie das, was sie im §. 35. und 36. von

„fundirten, mittelbaren, protestantischen, Jung-
frauen-Klöstern in den alten Besitzungen ihrer
„respectiven Landesherren,

ausdrückten, nicht von diesen, sondern von dem
Gegentheile, von

„nicht fundirten, unmittelbaren, katholischen,
„Manns-Klöstern in den neuen Besitzungen“

oder umgekehrt, verstanden, daß sie so wesentlich verschiedene und, während der ganzen Unterhandlung, so sorgfältig abgefordert erhaltene Kategorien zuletzt dennoch mit einander verwechselt und jene für diese genommen haben sollten? Oder muß man nicht vielmehr annehmen: daß es die unverkennbare Absicht des Reichs-Deputations-Hauptschlusses vom 25. Febr. 1803. §. 35. 36. gewesen ist,

„alle Güter der fundirten mittelbaren protestantischen Jungfrauen-Klöster in den alten

Besitzungen, mit allen ihren Rechten, Capitalien und Einkünften, der freien und vollen Disposition ihrer respectiven Landesfürsten, zur Erleichterung ihrer Finanzen“ etc.

wirklich zu überlassen? Mit einem Wort: dafs das französische Original

„von dem §. 35. und 36. des Hauptschlusses nicht anders als im ganz buchstäblichen Sinne zu verstehen sei?“

§. 19.

Noch könnte hiebei der Zweifel aufgeworfen werden:

„welche beibehaltene Domkirchen, und welche verabschiedete Geistlichen unter denjenigen gemeinet seyn mögen, deren respective fixe Dotation und lebenswierige Sustentation, als Bedingung der landesfürstlichen Disposition über die protestantischen Klostergüter übernommen werden soll?“

„Ob nämlich nur einheimische, oder auch auswärtige, und unter diesen auch katholische, darauf Anspruch machen dürfen?“

§. 20.

Diese Fragen beantworten sich zwar schon im Allgemeinen aus der, dem §. 35. als Regel vorausgeschickten

„freien und vollen Disposition des respecti-
ven Landesfürsten“

dahin von selbst: dafs wenigstens kein fremder
Landesherr darüber disponiren kann.

Gegen alle etwanigen Ansprüche katholischer
Domkirchen und Geistlichen auf protestantische Kloster-
güter insbesondere, schützt nicht allein der geistliche
Vorbehalt in dem Religionsfrieden von 1555. §. 18. 19.
und das Osnabrückische Friedens-Instrument von 1648.
Art. V. §. 45—47.; sondern auch die, letzteres aus-
drücklich bestätigende Verfügung des Reichs-Deputa-
tions-Hauptschlusses vom 25. Febr. 1803, §. 63.

„die bisherige Religionsübung eines jeden Landes
soll gegen Aufhebung und Kränkung aller Art
geschützt seyn; insbesondere jeder Religion
der Besitz und ungestörte Genuß ihres
eigenthümlichen Kirchenguts auch Schul-
fonds, nach der Vorschrift des Westfälischen
Friedens, ungestört verbleiben.“

Bedürfte diese Stelle eines Commentars, so ent-
hält solchen die Erklärung des Württembergischen
Subdelegirten (vom 4. Jan.) in der XXXVI. Sitzung:

„ad §. 63. hat der Deputations-Hauptschluss, wie
aus mehr andern Stellen desselben erhellet, ohne-

hin keinen andern Sinn, als: daß jeder Religion der Besitz und ungestörte Genuß ihres Kirchenguts, Pfarr- und Schulfonds, ohne Unterschied, wo und in welchen deutschen Landen dieselben liegen, dadurch bestätigt ist; wie insbesondere daraus erhellt, daß in Absicht auf sämtliche Stifter, Abteien und Klöster sowohl, worüber in dem Entschädigungsplan besondere Vorsehung geschehen ist, als derjenigen, die der Disposition des Landesherren überlassen sind, ausdrücklich verordnet ist: daß ihre Güter, Einkünfte und Rechte, wo dieselben gelegen sind, demjenigen zugehören, welchen der Besitz eines solchen Stiftes oder Klosters, vermöge des Deputations-Hauptschlusses, gebührt.“ v)

§. 21.

Was aber die Verforgung der beibehaltenen Domkirchen und der aufgehobenen Geistlichen von derselbigen Religion anlangt; so entscheiden eben darüber die deshalb am Schlusse des §. 35. unter der Beziehung:

„conformement aux reglemens — — qui seront determinés incessamment“

v) Protocoll der außerordentlichen Reichs-Deputation, II. Band. Sessio XXXVI. S. 710.

nachgewiesenen Bestimmungen des Reichs-Deputations-Hauptschlusses (§. 53—64.) dahin: daß die beibehaltenen Domkirchen und die unterdrückten

„Geistlichen jedes Landes nur allein von eben den geistlichen Gütern, von welchen erstere beibehalten und letztere verabschiedet worden, ihre respectiven Ausstattungen und Pensionen zu erwarten haben sollen.“

Nirgends sind sie damit auf andre Länder und deren geistliche Güter angewiesen. Nur da,

wo eine Domkirche beibehalten,

wo die Geistlichkeit aufgehoben ist;

kann das Daseyn eines Domstifts: eines Klosterguts vorausgesetzt werden, womit jene dotirt, worauf diese fundirt war, und was nun, in Gemäßheit des §. 35 und 36: mit der zwiefachen reichsgesetzmässigen Verbindlichkeit an den respectiven Landesherrn übergegangen ist: die beibehaltene Domkirche für immer, die aufgehobenen Geistlichen aber auf Lebenszeit zu versorgen.

Wo von dieser reichsgesetzmässigen Disposition über die Güter der Domstifter und Klöster beiderlei Geschlechts nicht Gebrauch gemacht werden konnte oder wollte; da ist auch keine Domkirche beizubehalten, keine Geistlichkeit aufgehoben.

Wo aber das eine oder das andre geschehen ist; da hat der disponirende respective Landesherrn selbst seine eigne Verbindlichkeit mit der Ausstattung

seiner beibehaltenen Domkirchen, oder mit der Unterhaltung seiner eigenen Geistlichen beiderlei Geschlechts reichsgesetzmäſsig zu erfüllen. Eine solidarische Verpflichtung der Stifts- und Kloſtergüter des Landesherrn, zur Uebernehmung der, auf die eingezogenen Stifts- und Kloſtergüter des andern Landesherrn reichsſchlusſmäſsig haftenden Abfindungen dortiger Kirchen und Geiſtlichkeit, oder ein Grenzſtreit über den Umfang dieſer Abfindungen zwischen mehreren Ländern, iſt daher auf keine Weiſe gedenkbar: weil ſonſt nothwendig der eine Landesherr, deſſen Domkirchen und Geiſtlichen, aus den Stifts- und Kloſtergütern des andern Landesherrn verſorgt ſeyn wollten, ſeine eigenthümliche reichsſchlusſmäſſige Verbindlichkeit nicht erfüllen würde. Nichts iſt mithin evidenten als: daſs die reſpective Dotation und Suſtentation

der Domkirchen und Geiſtlichen nur von den Ländern zu verſtehen iſt, wo deren Güter an die reſpectiven Landesherrn zur reichsgesetzmäſſigen Diſpoſition übergegangen ſind.

§. 22.

Wo alſo keine Domſtifter zur landesherrlichen Diſpoſition übergingen; da gab's auch keine Domkirchen, die beibehalten oder von neuem ausgeſtattet werden durften.

Ueberhaupt bezeichnet der erſte Indemnitätsplan vom 18. Aug. 1802 unverkennbar: daſs hiebei urſprünglich die Abſicht nur auf katholiſche Domkir-

chen, bei welchen nämlich der Unterhalt eines Bischofs und seines Domkapitels auszumitteln blieb, gerichtet seyn konnte. In protestantischen Ländern kann von Beibehaltung und neuer Ausstattung einer solchen Domkirche überall nicht die Frage seyn, weil es daselbst keine Bischöfe giebt, zu katholischen geistlichen Dotationen aber kein evangelisches Kirchengut nach der Anweisung des 63. §. verwandt werden soll.

Hingegen wo auch Klöster zur landesfürstlichen Disposition eingezogen wurden; da hat man schon, in den Conventualen oder Conventualinnen eben dieser aufgehobenen Klöster, Geistliche genug, welche auf die reichsgesetzmäßigen lebenswierigen Pensionen aus den Gütern eben dieser vormaligen Klöster Anspruch machen, ohne dazu erst fremder Competenten von eben der Religion zu bedürfen. In protestantischen Staaten bleibt also keine weitere Belästigung der eingezogenen geistlichen Güter übrig, als die Versorgung der geistlichen Personen, die bis dahin Mitglieder der Klöster und Domstifter waren. Sind diese allmählich ausgestorben oder abgefunden; so treten die eigentlichen reichschlußmäßigen Gegenstände der landesherrlichen Disposition:

„gottesdienstliche, Unterrichts- und andere gemeinnützliche Kosten und Erleichterung der Finanzen des Landesherrn,“

ohne alle weitere Belästigung, in ihre unbeschränkte Wirkung.

§. 25.

Nichts fehlte nun dem neuen Reichsgesetze weiter, als die Vollstreckung. Damit auch diese nicht durch beschränkende Auslegungen und vergebliche Bezugnehmungen auf abgeschafte Gesetze oder vormalige Verfassung vereitelt und dadurch der Gang der Gerechtigkeit bei den Reichs-Gerichten ohne Noth gehemmet werden könnte; ward von kaiserlicher Majestät der Reichs-Deputations-Hauptschluss vom 25. Febr. sowohl im französischen Urtext, als in der deutschen Uebersetzung, nebst dem bestätigenden Reichs-Gutachten vom 24. März und dem kaiserlichen Ratifications-Decret vom 27. April, beiden höchsten Reichs-Gerichten, unterm 25. Juli namentlich zu dem Ende mitgetheilet:

„damit in den, an die Reichs-Gerichte gelangenden Vorkommenheiten der Inhalt jener
„Urkunden, als gesetzliche Vorschrift,
„pflichtmässig beobachtet werde.“ w)

Nicht also ein erzwungener Sinn, nicht etwa eine bloße Beschränkung auf die Entschädigungs-Länder; nein, der wörtliche Inhalt des ganzen Deputations-schlusses, mithin auch jedes einzelnen Paragraphen, mit alleiniger Ausnahme des 2. und 39. ward den reichsgerichtlichen Erkenntnissen zur Richtschnur gesetzlich vorgeschrieben.

w) Dreizehnte Beilage:

Zweite Abtheilung.

Practische Anwendung des Reichs- Gesetzes.

§. 24.

Mit dieser geschichtsmässigen Theorie der Auslegung des Reichsschlusses, hat sich auch die Praxis mehrerer deutschen Staaten vorläufig einstimmig erklärt.

In den Churpfalzbaierischen alten Reichs-Landen wartete man nicht einmal bis zur verfassungsmässigen Sanction des neuen Fundamental-Gesetzes, um dasselbe gegen die dortigen fundirten Stifter, Abteien und Klöster beiderlei Geschlechts, mit aller Strenge zur Ausführung zu bringen.

Das Verfahren der Baierischen Regierung gegen die aufgehobene Geistlichkeit des Landes ist zu bekannt, um davon Beweise hier beibringen zu dürfen. Ohngeachtet diese Prälaten die erste Curie der baierischen Landstände bildeten, denen es nicht an landesherrlichen Privilegien und Schutzbriefen fehlte, (denn der Churfürst hatte ihnen selbst bei Gelegenheit der Aufhebung der ständischen weiblichen Stiftung Maria Moedlingen, noch auf dem letzten Landtag in Neuburg vom 10. Juni 1802. Art. 6. Lit. c. verheissen:

„dass die Existenz der übrigen ständischen Klöster
„ohne ständische Mitwirkung keinen Eintrag zu
„besorgen haben solle,“)

so fanden sie es doch nicht für gut, ihre Vorstellungen darüber weiter zu verfolgen und wirkliche reichsrichterliche Einschreitungen zu verlangen; und Sekurfürstl. Durchlaucht gaben der Sache durch Ihre letzte Resolution vom 14. Mai 1803. die volle Entscheidung, daß Sie erklärten:

„Wir können von Unfern in Kraft des Reichs-
 „friedensschlusses getroffenen Verfügungen
 „und von der benannten Auflösung der Prälaten-
 „bank um so weniger abweichen, als es selbst
 „mit Unserer Regentenpflicht nicht vereinbarlich
 „wäre, nach so vielen und großen Drangsalen
 „Unserer alten und neuen Staaten etc. und da-
 „durch vermehrten Schulden, die reichsgesetz-
 „lich, wiewohl auch nur spät und langsam
 „fließende Hülfquelle hinzugeben und also hie-
 „durch, die so lang erwünschte Herstel-
 „lung in der Staatskraft und in der Staats-
 „verwaltung zu erschweren oder gar zu
 „vereiteln.“ ww)

§. 25.

Gemäßiger war hingegen das Sitem der Preussischen Monarchie. Man begnügte sich, im allgemeinen unterm 21. Febr. 1804. das Principium der, durch das

ww) S. den Abdruck des Pfalz-Neuburgischen Landtags Abschiedes vom Jahr 1802. und die kurfürstliche Resolution vom 14. Mai 1803. in einer Schrift: „Dietrich von Plieningen, im December 1803.“ betitelt. S. 88.

neueste Reichs - Conclufum erlangten uneingeschränkten landesherrlichen Disposition über die Stifter in den königlichen Landen, der vollkommenen landesherrlichen Berechtigung zur gänzlichen Aufhebung aller Stifter, ohne Beschränkung auf die Entschädigungs-Länder, öffentlich geltend zu machen. Die Stifter selbst liefs man zwar in den alten deutschen Reichs-Landen für immer in ihrer Existenz, indem man sie als das beste Mittel betrachtete, Verdienste um den Staat zu belohnen. Man wandte aber die reichschlusmässige Disposition darüber dazu an, diesem Belohnungsmittel die grösstmögliche Ausdehnung zu geben.

Nur ihre bisherige Verfassung ward im Wesentlichen darinn abgeändert: dafs dem Landesherrn keine Schranken gesetzt werden durften, die Stellen in denselben zu vergeben, sondern ihm die ausschliessende Befugnifs zugeeignet ward, künftig alle vacant werdende Stellen, zur Belohnung ausgezeichneter Verdienste Selbst zu besetzen; und dafs insbesondere bei den Frauensstiftern ihm die ausgedehntesten Mittel verschafft wurden, für dürftige Frauenzimmer aus allen Ständen, besonders aus der Classe der Staatsdiener zu sorgen. x)

Was sind und werden aber dadurch die Stifter und Klöster anders, als landesherrliche Cassen, nur zu bestimmten Ausgaben des Landesherrn angewiesen?

x) Vierzehnte und Fünfzehnte Beilage.

als Sublevations-Fonds der übrigen herrschaftlichen Cassen, aus welchen bis dahin ausgezeichnete Verdienste um den Staat belohnet, dürftige Töchter treuer Staatsdiener vom Militair- und Civilstande versorgt werden mußten, und die nunmehr diese Ausgaben ersparen? mit einem Wort, nichts als Erleichterungen der landesherrlichen Finanzen, zur ausschließlichen, unbeschränkten Disposition des Landesherrn? Nichts bleibt mehr übrig von der bisherigen eignen Besetzung der in den Stiftern und Klöstern erledigten Stellen durch die freie Wahl oder Reception neuer Mitglieder; nichts von den damit für die übrigen verknüpften Vortheilen des Turnus und andern Emolumenten.

Alle jene freiwillige Einschränkungen in der Anwendung lassen folglich an der Unbeschränktheit der reichsgesetzlichen freien und vollen Disposition an und für sich selbst um so weniger einen Zweifel übrig, als, ohne ihre Voraussetzung, die willkührliche Bestimmung der ersteren nicht denkbar, noch ausführbar seyn würde.

Das Domkapitel zu Halberstadt erkannte selbst diese landesherrliche Dispositions-Befugniß, indem es das erste war, was die nöthigen Abänderungen seiner bisherigen Verfassung der königlichen Entscheidung anheim stellte. Da eines der wesentlichsten Reichs-Fundamental-Gesetze, das Osnabrückische Friedens-Instrument, (Art. XI. §. 1.) die Verfassung des Halberstädtischen Domkapitels für immer gesichert und dem Kurhause Brandenburg nur den vierten Theil der nachmaligen Domherren-Stellen einzuziehen, verstattet

hatte; so ist eben dieses Beispiel ein Beleg zu der Erklärung des Reichs-Gutachtens vom 24. März 1803. (§. 15.) daß das Osnabrückische Friedens-Instrument durch den neuesten Reichschluß ausdrücklich abgeändert worden, und eben dadurch ist zugleich die vorhin schon, durch die Mehrheit der Reichs-Deputation verworfene kursächsische Erklärung vom 15. Febr. 1803. (§. 13.) als ob durch den §. 35. des Deputations-Hauptschlusses die, nach dem Westfälischen Frieden bestehende Verfassung nicht aufgehoben, noch verändert werden könne, zum Ueberflus widerlegt.

Eben so wenig wird eine ähnliche Versicherung die in eben dem Reichs-Grundgesetze (Art. XI. §. 4. 6.) den Domstiftern zu Minden und zu Magdeburg ertheilt wurde, daselbst die Anwendung gleicher Grundsätze in der Vollstreckung des neueren Rechts-Gesetzes zu verhindern, im Stande seyn.

§. 26.

Ist nun hiedurch die Allgemeinheit der reichschlußmäßigen Dispositions-Befugniss des Landesherrn über die mittelbaren Klöster und Stifter beider Religionen in seinem Gebiet, ohne Beschränkung auf Entschädigungs-Länder, außer Zweifel gesetzt; so hängt es eben so unbestreitbar von der Willkühr jedes andren Landesherrn ab: Ob und in welchem Maasse, oder zu welcher Zeit er von dieser seiner Befugniss, unter den reichschlußmäßigen Beschränkungen, Gebrauch machen will oder nicht? Wie

viel oder wie wenig von den Gütern und Einkünften der Stifter und Klöster zu den Kosten des Gottesdienstes, durch Verschönerung der Kirchen und Verbesserung ihrer Diener; oder zu den Erziehungsbedürfnissen der Jugend, durch Vermehrung der Schul- und Universitätsfonds, erhöhte Besoldungen ihrer Lehrer und sorgfältigere Unterweisung ihrer Zöglinge; oder zur Belebung des Kunstfleisses, zu Arbeitshäusern, zum Straßenbau, oder andern gemeinnützlichen Anlagen; oder endlich zur Vermehrung der herrschaftlichen Kammer-Einkünfte verwandt; ob hiebei das strenge Verfahren der kurfürstlich Baierischen, (§. 24.) oder das gemässigte System der königlich Preussischen Regierung, (§. 25.) oder welche von den, zwischen diesen beiden äussersten Puncten, in der Mitte liegenden Abstufungen des einen oder des andern zur Anwendung gebracht, ob mehr oder weniger auf die Finanzen des Landesherrn, oder auf Verdienste und Bedürfnisse der Staatsdiener dabei Rücksicht genommen werden soll?

Die verschiedenen Uebergänge von dem einen zu dem andern jener Verwendungen und dieser Maasstäbe lassen sich im Allgemeinen nicht vorzeichnen; sie müssen, nach den verschiedenen Bedürfnissen und Umständen jedes Staats, dessen individueller Convenienz überlassen bleiben. Und wo gäbe es einen Staat, dessen Reihe von frommen Wünschen erschöpft wäre, wo nicht bald dieses, bald jenes öffentliche Desiderium unbefriedigt bleiben mußte, weil es dazu bisher an einem Fonds fehlte? In jedem Fall wird man allenthalben mehr oder weniger auf entgegenstehende ältere Verfassungen und wohlerworbene Rechte stoßen.

§. 27.

Allein, wie schon, nach den Grundsätzen des allgemeinen Staats-Rechts, die Rechte der einzelnen Staatsglieder dem Wohl des Ganzen untergeordnet seyn müssen; so hat auch nicht allein das vorliegend neue Reichsgesetz die älteren Reichs-Grundgesetze und die bisherige deutsche Reichsverfassung durch den Reichsdeputations-Schluss für abgeändert erklärt (§. 15.); und die Verfasser des Deputations-Schlusses haben auch in ihrer Declaration vom 9. May 1803 (§. 17.) ausdrücklich die entgegenstehenden älteren Verfügungen (*dispositions precedentes*) für abgeschafft, (*abrogées*) angenommen: sondern es war auch zu allen Zeiten in dem deutschen Staatsrechte eine nicht ungewöhnliche Erscheinung, daß ältere Landes-Compactate und Privilegien in Collisionsfällen widrigen neuen Reichsgesetzen weichen müssen.

Schon längst hat ein berühmter deutscher Staats-Rechtslehrer der älteren, mit den Territorial-Verfassungen, aus vieljähriger eigener Theilnehmung, ebenso vertraute, als dem landständischen System bekanntlich vorzüglich günstige Moser y) die so oft bestrittene Frage:

y) J. J. Moser von der Collision widriger neuer Reichsgesetze mit älteren Landes-Compactaten und Privilegien, in seinen Nebenstunden (1757) IV. Theil, S. 567, 566, 568.

„Was Rechtens sei, wenn ein neueres Reichsgesetz älteren Verträgen zwischen deutschen Landesherren und deren Landständen und Unterthanen, wie auch denen, von solchen Landesherren besagten Landständen und Unterthanen ertheilten Privilegien zuwider ist? besonders, ob und wie ferne erwähnte LandesVerträge und Freiheiten durch ein solches Reichsgesetz aufgehoben werden?“

Aus einer geschichtlichen ununterbrochenen Reihe von Gesetzen und Gerichtlichen Entscheidungen dahin beantwortet:

„Insoweit neuere allgemeine Reichsgesetze älteren Particular-Landesverträgen, Freiheiten und Herkommen zuwider sind, insoferne ist dadurch diesen Landes-Verträgen, Freiheiten und Herkommen derogiret; ermeldete Reichsgesetze mögen nun eine ausdrückliche clausulam derogatoriam enthalten, oder nicht; und die dabei interessirte Landstände und Unterthanen mögen zuvor dabei gehöret worden seyn oder nicht — —

„Mir ist nicht auch nur ein einiger Staatsrechtslehrer bekannt, welcher das Gegentheil von auch nur Einem derer obigen Sätze behauptete.“

Eines der neuesten späteren Beispiele solcher Reichsgesetze enthält der Reichsschluss vom 23. Oct. 1775, wegen Erhöhung der Kammerzieler, §. 33. nebst dessen kaiserlicher Ratification vom 15. Dec. desselben Jahres, in den Worten:

„dafs zur Beihülff des, folchergeftalt vermehrt werdenden Quanti zum Kammergerichts-Unterbalt, die Stände des Reichs ihre Landstände, Bürger und Unterthanen, ohnverhindert aller anderweiten Verträge, Obligationen, Statuten, Gebräuche, Gewohnheiten und Herkommen, herbei ziehen z).“

§. 28.

Insbesondere liefert die Geschichte von Mecklenburg ein auszeichnendes Präjudicium von der rechtskräftigen Aufhebung älterer, sogar titulo oneroso von den Landständen erworbener landesherrlichen Bewilligungen durch neuere Reichs-Gesetze.

Gegen freiwillige Uebernehmung einer Summe von 400,000 Gulden landesherrlicher Schulden, hatten zwar die Mecklenburgischen Unterthanen aller Stände von den Herzogen Johann Albrecht und Ulrich, in einem Affecurations-Revers vom 4. Jul. 1572, die Versicherung erhalten:

„dafs diese von der Landschaft itzt abermals geleistete freiwillige Hülfe ihnen und allen ihren Nachkommen an ihren Privilegien, Freiheiten, Gewohnheiten — — ganz unschädlich und unnachtheilig seyn soll; sie sollen auch solche und dergleichen Beschwerden

z) Pütters neuester Reichsschluss über einige Verbesserungen des kaiserlichen und Reichskammergerichts, S. 12, 26.

„auf sich zu nehmen und Hülfe zu leisten
 „hinfüro nicht schuldig und verpflichtet seyn,
 „sondern alle Wege bei ihren alten Privilegien
 „und Freiheiten und der alten gewöhnlichen
 „einfächtigen Landbede — — gelassen und
 „weiter Unfre oder Unfrer Erben und nachkom-
 „menden Herzogen zu Mecklenburg Schulden an-
 „zunehmen und zu bezahlen nicht schuldig
 „seyn und damit in keinem Wege mit nichten
 „beschweret werden.“

Eine gleichlautende Versicherung erhielten sie in dem Affecurations-Revers der Herzoge Adolph Friedrich und Hans Albrecht vom 23. Febr. 1621. gegen abermalige Uebernehmung einer Summe von einer Million Gulden landesherrlicher Schulden. Beide Affecurations-Reverse wurde nicht allein von dem römischen Kaiser Ferdinand den II. am 7. Febr. 1626. confirmiret, a) sondern auch von den Landesherren, bei jeder Huldigungs-Einnahme von neuem bestätiget.

Demnächst aber ward durch den jüngsten Reichs-Abschied vom Jahre 1654. §. 180. der Grundsatz: „dass jedes Kurfürsten und Standes-Landsassen, Unterthanen und Bürger zu Besitz - und Erhaltung der, einem oder anderen Reichsstand zugehörigen nöthigen Vestungen; Plätze und Garnisonen — ihren Landesfürsten, Herrschaften und Obern mit hülfflichem Beitrag gehorsamlich an Händ zu gehen schuldig seyn sollen,“ allgemein gesetzlich festgestellet. Eben so

a) Mecklenburgische Grund-Gesetze, S. 11, 22, 28.

ward durch die kaiserliche Resolution vom 19. Jun. 1670. öffentlich erklärt:

„dafs ein jeder Kurfürst und Stand des Reichs von seinen Unterthanen zu Reichsdeputations- und Kreis- Conventen die nöthigen Legationskosten erheben möge;“

so wie es schon vorher durch die kaiserliche Wahl-Capitulation Leopolds II, vom Jahr 1658, Art. III. gemisbilliget war:

„dafs die Landstände — — wider des jüngsten Reichsabschiedes (§. 14.) ausdrückliche Verordnung, sich des Beitrags, womit jedes Kurfürsten und Standes Landsassen und Unterthanen — zu — des Reichskammergerichts-Unterhalt an Hand zu gehen schuldig sind, zur Ungebühr entschlagen.“

Nun beriefen sich zwar die Mecklenburgischen Landstände gegen die Beitrags-Forderungen ihres Landesherrn zu den izt reichsgesetzmäffig gewordenen Garnisons - Fortifications - und Legations-Kosten, auch Kammer-Zielern, in einer, bei den kaiserlichen Reichshofrath deshalb angestellten Klage, auf jene früheren landesherrlichen Befreiungsverficherungen. Dennoch ward durch eine kaiserliche Sentenz vom 7. Jul. 1698 die

„Mecklenburgische Ritter- und Landschaft ihres, „aus dem Affecurations-Recess und Re- „verfalien de anno 1572 und 1621. auch an- „dern beschehenen Einwendens ungehindert, zu Bef-

„ferung und Erhaltung der Vestung Dömitz auch
„deren Garnison die Kosten, wie nicht weni-
„ger, die Legationskosten zu Reichsdeputa-
„tions- und Kreistagen, auch Kammerzieler zu
„bezahlen und zu erstatten, schuldig erkannt und
„verdammet b).“

§. 29.

Dieses Beispiel verdient hier vorzüglich um des-
willen angeführt zu werden, weil in eben den zuerst
angezogenen Reversalen vom Jahr 1572; Art. IV. von
den Landesherren die drei, bei der Säcularisation
übrig gebliebenen Jungfrauen-Klöster Dobbartin
Malchow und Ribnitz der Landschaft

„dergestalt, das sie zu christlicher ehrbarer Auf-
erziehung der inländischen Jungfrauen, so sich
darinn zu begeben Lust hätten, angewandt und
gebraucht werden sollen.“

überwiesen und eingeräumt wurden c).

Es darf hier nur beiläufig bemerkt werden: das
die Ueberweisung dieser Klöster an die Landschaft
eine Folge des schiedsrichterlichen Machtspruchs war,
welchen der Kurfürst Joachim von Brandenburg in
den brüderlichen Theilungs-Streitigkeiten beider da-
mals regierenden Herzoge, am 1. Aug. 1556 zu Rup-

b) *Decisiones Imperiales in causis Mecklenburgicis*
Nro. 71, p. 52.

c) *Mecklenburgische Grundgesetze* S. 16. ff.

pin dahin gefällt hatte: daß alle übrigen Klöster und Komthureien zwar zwischen beiden Fürstlichen Brüdern gleich getheilt, hingegen die drei Klöster Neukloster, Ivenack und Dobbertin für die Jungfrauen der beiderseitigen Landstände erhalten werden sollten cc). Wie inzwischen durch dieses, für beide damals streitenden Partheien nur entscheidende Erkenntnis einem Dritten keine Rechte genommen oder gegeben werden konnten, noch sollten; so sind auch selbst die Rechte beider Partheien aus denselben, durch den unbeerbten Abgang des Herzogs Ulrichs, für die alleinige Nachkommenschaft des H. Johann Albrechts vorläufig wieder mit einander consolidiret, folglich in dem Herzoglichen Hause selbst keine weitere Ansprüche auf die Befolgung jenes Machtspruches übrig geblieben.

Auch war der Gebrauch und die Anwendung der protestantischen Jungfrauen-Klöster zu weiblichen Erziehungsanstalten an sich nichts Neues und nicht damals erst, sondern schon gleich nach der Reformation in Mecklenburg eingeführt d). Die Zurückführung der drei Klöster auf ihre ursprüngliche Bestimmung zu gottesdienstlichen Uebungen, christlichen Schul- und Erziehungsanstalten, die Abschaffung der dagegen eingerissenen Misbräuche und deren Vertauschung mit

cc) Rudloffs Handbuch der Mecklenburgischen Geschichte, III. Theil, S. 152. 153.

d) Mecklenburgische Kirchenordnung vom Jahre 1552 Tit. von der Visitation etc. „Wo in Jungfrauen-Klöthern.“

verbesserten Religionsbegriffen waren daher die Bedingungen, unter welchen sie jzt der Landschaft übergeben wurden e). Dabei behielten sie ihren geistlichen Character unverändert bei, und die zu gleicher Zeit, auf landesherrlichen Befehl, von der theologischen Facultät zu Rostock mit Zufriedenheit der Landschaft für sie verfertigte Reformation und Kloster-Ordnung bestimmte ganz genau, wie es darinn mit christlicher Lehre und gottesdienstlichen Uebungen gehalten werden sollte f). Von dieser Zeit an wurden demnach die Jungfrauen-Klöster zwar nicht als säcularisiret, sondern als reformiret gesetzlich betrachtet g).

Es wird also nur noch darauf ankommen: ob gegenwärtig ein Bezug auf jenes ältere Landes-Compactat von wirkamerem Erfolg, als im Jahre 1698, seyn werde, wenn es früher oder später dem Landesherrn gefallen sollte, das neuere Reichs-Gesetz vom Jahr 1803. §. 35. 36. wegen der freien und vollen landesfürstlichen Disposition über die noch übrig ge-

e) Rudloffs Handbuch der Mecklenburgischen Geschichte, III. Theil S. 265, 266.

f) Ebendasselbst S. 209.

g) Mecklenburgische revidirte Kirchen-Ordnung vom Jahr 1602. Tit. von der Visitation §. „In die Jungfrauen-Klöster, so noch auf dem Lande und in den Städten vorhanden und nach Kirchen-Ordnung reformiret sind“ etc.

Saecularisata beneficia differunt a beneficiis reformatis (Boehmer principia juris canonici, §. 619, 620.)

bliebenen fundirten, mittelbaren, protestantischen Jungfrauen-Klöster in seinen alten Besitzungen, geltend zu machen? oder ob eine deshalb bei den Reichs-Gerichten etwa angestellte Klage, solches Einredens ungehindert, gleichergestalt werde verworfen werden?

§. 30.

Die Frage ist nicht davon: ob die unterdrückten geistlichen Corporationen selbst aus älteren Landes-Verträgen und Privilegien ein Recht haben, ihrer Einziehung zu widersprechen?

Mit deren politischen Existenz hören alle äussere Wirkungen derselben von selbst auf. Wo wäre auch wohl eine geistliche Stiftung in der Welt, deren Errichtung und Erhaltung bei ihrem Eigenthum und bei ihren Gerechtsamen nicht durch Vergleichung oder Bewidmungs-Urkunden und deren wiederholte Bestätigungen oder Anerkennungen, durch gütliche Vergleiche oder rechtskräftige Urtheile, selbst derjenigen Landesherren, denen sie entweder zur Entschädigung angewiesen oder zur Disposition überlassen sind, überflüssig gesichert war? So lange es wenigstens Klöster und Stifter gab, hatten sie, so weit ihre Geschichte reicht, zu allen Zeiten und in allen Ländern nichts angelegeneres, als die Sicherheit ihrer Zeitlichkeiten von Regenten zu Regenten, nicht nur bei jedem Successionsfall, wie bei jeder neuen Acquisition, sondern oft bei den entferntesten Agnaten und selbst bei dem höchsten Reichs-Oberhaupte, mit der wachsamsten Vorsicht so bindig und feierlich, als es dem Scharfsinn der Hierarchie nur irgend erdenklich war, gegen

gegen jeden lüfternen Versuch des weltlichen Arms unzugänglich zu machen und zu befestigen! Dennoch mußte ihre ganze, oft genug baar bezahlte Existenz dem höheren Gesetze des Staatsbedürfnisses weichen, ihr mühsam gesammelter und ängstlich bewahrter beweglicher und unbeweglicher Reichthum in die Masse des Staatsvermögens zurückkehren, sobald der Landesherr ihre längere Fortdauer überflüssig und die anderweitige Verwendung ihrer Güter und Einkünfte, entweder zu wohlthätigen gemeinnützlichen Zwecken, oder zur Erleichterung seiner Finanzen, dem Wohl des Staats zuträglicher fand; und nie fiel es ihnen ein, der Anwendung dieser veränderten Begriffe ihrer Landesherrschaft sich zu widersetzen.

Darinn besteht ja gerade der wesentlichste Theil des landesherrlichen Reformati-**o**nations-Rechts, das Recht der Säcularisation nämlich ein Majestäts-Recht, dessen selbst katholische Regenten, zur Aufhebung überflüssiger geistlicher Stiftungen öfters sich bedienten,^{h)} und was vorzüglich alle protestantische Landesherrn, nach der Religions-Verbesserung, durch ganz Deutschland mehr oder weniger willkührlich, gegen ihre Stifter beiderlei Geschlechts, ohne jemandes Widerspruch, frei und öffentlich ausübten, ohngeachtet diese geistlichen Körperschaften allenthalben den ersten und bevorzugtesten Stand, die Prälaten-Curie der Landschaft, bildeten.

h) Boehmer jus eccl. protestantium T. II. p, 716. seqq.
Wiese Handbuch des deutschen Kirchen-Rechts, II. Th.
S. 912 ff.

§. 31.

Wer hinderte, um nur z. B. bei der Geschichte von Mecklenburg stehen zu bleiben, die Mecklenburgischen Landesherren, ihre Collegialstifter zu Güstrow, Bützow und Rostock, die Abteien und Klöster ihrer Lande zu Doberan und Dargun, zu Eldena, Rehna, Ivenack, Zarrentin, Rühn, Tempzin, Neukloster und mehrere andre von beiden Geschlechtern, in dem kurzen Zeitraum von wenigen Jahren nach der Reformation zu säcularisiren und, ohne alle Rücksicht darauf, ob sie von ihren Vorfahren oder von fremden Landesherren, oder gar von Privat-Wohlthätern gestiftet und bewidmet waren, zu ihren Kammerfonds einzuziehen? Selbst die in ihren Landen belegenen Güter auswärtiger Klöster, sobald diese bei ihrer Landesherrschaft in die Reduction fielen, als heimgefallene Grundstücke (*bona vacantia*), in Besitz zu nehmen und zu behalten? i) Und doch waren die Prälaten aller dieser Stifter und Klöster zugleich Landstände, denen bei jeder Huldigungs-Einnahme, erneuerte Bestätigungen ihrer Privilegien und Güter von den Landesherren ertheilet worden waren!

Hatte nicht selbst eben der Herzog Adolf Friedrich der I. von Mecklenburg-Schwerin dem, im Osnabrückschen Friedens-Instrumente (Art. XII. §. 1.) die Bisthümer Schwerin und Ratzeburg

i) Rudloffs Mecklenb. Geschichte, III. Theil. S. 129, 153, 265. Mecklenburg-Schwerinscher Staatskalender, 1804. II. Theil, S. 21, 24, 35, 36, 42, 44, 46, 56, ff.

„cum potestate extinguendi canonicatus Sverinenfes et Raceburgenfes, poft praefenti tempore refidentium canonicorum deceffum, omnesque reditus menfae ducali applicandi,“

erblich überlaffen waren, hatte nicht, fage ich, eben diefer bei feiner vorherigen Poftulation zum Adminiftrator des Stifts Schwerin, in feiner befchwornen Wahlkapitulation vom 17. Mai 1734. (Art. 11, 12, 13, ff.) dem dortigen Domkapitel ganz entgegenftehende Verficherungen, für die Erhaltung deffelben bei feinen Gütern, Dignitäten und Gerechtsamen ertheilet? nicht fogar (Art. 31. 52.) jeder geiftlichen und weltlichen Abfolution und Relaxation entfagt? „aller Hülfe, „Freiheit und Begnadigung fowohl geiftlicher, als „weltlicher Rechte, fo folchen Artikul widerwärtig feyn möchten, freiwillig und wohlbedächtig fich begeben?“ k)

Und wer wehrte ihm dennoch, von jener, durch ein fpäteres Reichs-Gefetz ihm beigelegten Gewalt, zur Aufhebung eines von ihm felber 14 Jahre früher gezeichneten Grund-Vertrags mit eben demfelben erften Landftande des Stifts Schwerin, Gebrauch zu machen?

§. 32.

Sollte endlich unter den vielen, durch den Reichs-Deputationsfchlufs vom 25. Febr. 1803. §. 36.

k) Gerdes Sammlung Mecklenburgifcher Schriften und Urkunden, S. 501, 502, 510.

„namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stiftern, Abteien und Klöstern,“

nicht mehrere von eben den neuen Besitzern, deren Gebiet das ihrige vorher begrenzte oder umschloß, oft genug Entfagungen aller Ansprüche und Versicherungen oder Anerkennungen ihrer Unabhängigkeit erhalten haben? Können also die, in eben diesem Paragraph der Disposition der Landesherren überlassenen Stifter, Abteien und Klöster in den alten Besitzungen, auf ähnliche Versicherungen oder Entfagungen ihrer ursprünglichen Landesherren mit mehrerem Rechte Bezug machen, als jene auswärtige in den neuen Entschädigungslanden, auf die ihrer bisherigen Nachbarn? Oder was sind die mittelbaren Stifter und Klöster besser, als die sämtlichen unmittelbaren Reichs-Prälaten, Bischöfe und Erzbischöfe, die durch kaiserliche Foundationen und päpstliche Bullen, durch Reichsstandschaft und Lehnverband, durch Concordate mit dem römischen Stuhl und kaiserliche Wahl-Capitulationen, durch Reichs-Fundamentalgesetze und oberstrichterliche Erkenntnisse, mit einem Wort, durch alles, was bis dahin für heilig und unauflöslich gehalten wurde, unter dem Schutze der Kirche und des Staats, bei dem ruhigen Besitz und Genuß ihrer Temporalien von der geistlichen und weltlichen Macht überflüssig sich gesichert glaubten und dennoch unabkömmlich sie der Säkularisation itzt Preis gegeben sehen müssen?

Sie befinden sich dieserhalb wenigstens in gleicher Lage, mit den, am Schlusse des 27. §. eben dieses

neuen Reichs-Gesetzes, den Kurfürsten und Fürsten zur Entschädigung zugefallenen Reichsstädten, welche von diesen hatte nicht, selbst von eben dem Nachbarn, dessen Municipalstadt sie itzt wurde, überflüssige, zum Theil durch Urthel und Recht erstrittene Beweise seiner Anerkennung ihrer Reichsunmittelbarkeit und Unabhängigkeit aufzuweisen? Aber das allmächtige Reichs-Gesetz hatte alle diese, bis dahin unüberwindlichen Schutzwehren ihrer Freiheit auf einmal zernichtet; und keiner fiel es ein, hinter diese zerstörten Verschanzungen weiter Sicherheit suchen zu wollen, um dem über sie eben so unabbittlich, als ungehört ausgesprochenen Schicksale der Mediatisirung zu entgehen.

Selbst unter den beibehaltenen Reichsstädten, verfiel z. B. die Stadt Lübeck nicht darauf, dem Herzoge von Mecklenburg-Schwerin die Wirkungen des 9. §. des Reichs-Deputationschlusses aus dem Grunde streitig zu machen, weil von ihm das, zur Entschädigung ihm zugetheilte Privat-Eigenthum ihrer Hospital-Dörfer in Mecklenburg und auf der Insel Poel, bis dahin nie bestritten, vielmehr öffentlich anerkannt war. 1)

§. 55.

Mit einem Wort: es ist hier nicht die Rede von dem, ohnehin schon in dem Begriff der Landeshoheit

1) Rudlofs Mecklenburgische Geschichte, II. Th. S. 989.
Mecklenburg-Schwerinscher Staatskalender 1803.
II. Th. S. 112.

liegenden *jure reformandi sacra* überhaupt, ob es nämlich an und für sich (in abstracto) den Landesherren im Allgemeinen erlaubt seyn solle, auch die etwa noch übrig gebliebenen fundirten Mediattifter und Klöster in ihren alten Besitzungen, gleich den vorhin säcularisirten, zu ihrer freien und vollen Disposition einzuziehen?

Dazu hätte es einer neuen Gesetzgebung in Deutschland nicht bedurft, nachdem sich die protestantischen Fürsten wenigstens schon vor drittehalb Jahrhunderten, dieses Rechts, namentlich in Mecklenburg, (§. 30. 31.) ohne dazu erst von einer außerordentlichen Reichsdeputation auctorisirt werden zu dürfen, ungestört bedienet hatten. Wann hätten sie dieses Rechts sich begeben und wodurch sollte ihnen dessen Ausübung bis izt benommen gewesen seyn, nur erst durch einen allgemeinen Reichsschluss wiederhergestellt werden zu müssen. Nachdem schon im Westfälischen Frieden (art. V. §. 30) vorlängst der allgemeine Grundsatz angenommen war:

„*Quod statibus immediatis jure territorii et superioritatis, ex communi per totum Imperium hactenus vsitata praxi, etiam jus, reformandi exercitium religionis competat.*“

§. 54.

Nur allein davon kann noch die Rede seyn: Ob in dem Fall, da sie diesem Rechte entsagt hatten, ein Dritter, dem aus älteren Landesverträgen und Privilegien ein Anspruch auf irgend eine geistliche

Stiftung zustehet, dadurch berechtigt sey, ihrer Einziehung zu widersprechen und der Anwendung des neuen Reichs-Gesetzes auf dieselbe, jene älteren Landes-Compactate oder landesherrliche Versicherungen und Entfagungen entgegen zu stellen?

Nur um diese außer Wirkung zu setzen, konnte es einer allgemeinen Reichs-Gesetzgebung bedürfen, weil die Zernichtung fremder Ansprüche und eigener Zusagen nicht in dem Umfang der landesherrlichen Obrigkeit (*superioritas territorialis*) begriffen war, sondern allenfalls nur das Werk der obersten Staatsgewalt in Deutschland seyn konnte, wenn diese es dem Wohl des Ganzen zuträglich fand. Dafs gerade dieses auch wirklich in dem Plan der Reichs-Deputation bei der Disposition über die geistlichen Stiftungen lag, beweisen ihre öffentlichen Verhandlungen, worinn sie solche Absicht ausdrücklich zu erkennen gab.

§. 35.

Schon in dem zweiten Indemnitäts-Entwurf vom 8. Oct. 1802. §. 6. war dem Hause Würtemberg, unter mehreren Entschädigungs-Objecten, auch das reichs-adeliche Jungfrauen-Kloster Oberstenfeld (in dem Württembergischen Flecken dieses Namens) namentlich zugemessen.¹¹⁾ Hiergegen stellte der Schwäbische Reichs-Ritter-Canton Kocher bei der Reichs-Deputation (am 8. Nov. 1802.) zwar vor: dafs

¹¹⁾ Zweite Beilage.

„dieses, schon bei der Reformation säcularisirte und nur, als eine bloße Verforgungs-Anstalt für adliche Fräulein, nach der Absicht seiner wohlthätigen Stifter, unter den alten Namen gebliebene Stift dem Schwäbischen Ritter-Canton Kocher einverleibt sey und dahin Steuern zahle, so wie auch das Kochersche Ritterorts-Directorium evangelischen Theils beständiger, von des Herrn Herzogs von Würtemberg Durchl. ausdrücklich anerkannter wirklicher Vorsteher desselben sey und alle darauf Beziehung habende Befugnisse ausübe; daß die evangelischen adelichen Fräulein, welche unter dem Namen Aebtissinn und Conventualinnen zusammen leben, dasselbe wieder verlassen können, bei deren Aufnahme aber die erste und vorzüglichste Rücksicht auf Töchter, Canton Kocherscher Mitglieder zu nehmen sey, daß folglich gedachtes evangelisches Fräuleins-Stift der bisherigen wohlhergebrachten immediaten Verbindung mit dem Ritter-Canton Kocher, und den unverforchten reichsadlichen Töchtern ein, durch die Wohlthätigkeit der Vorzeit ihnen zugedachtes, gegen Dürftigkeit sie schützendes Obdach nicht zu entziehen“

sey. Er bewies zugleich aus zwei Herzoglich-Würtembergischen Rescripten vom 3. und 26. März 1711. sowohl: daß nach eigner Herzoglichen Anerkennung:

„die Statuta und Ordnungen dieses Freistifts zuvörderst der Noblesse des löblichen Cantons Kocher und dann der übrigen Ritterschaft in

„Schwaben das Vorzugs-Recht zu solchem
„Stift ordinarie zueignen;“

als: daß der Herzog die Versicherung,

„vornehmlich auch die Aufrechthaltung des
„Stifts und die, für dessen Conservation bisher
„getragene Vorforge fürterhin zu continuiren,“

dem Directorium des Ritter-Cantons Kocher

„als des Stifts Vorstehern,“

ertheilet hatte. m)

In der nächsten XXVI. Sitzung der Reichsdeputa-
tion erklärte sich darüber (11. Nov.) der Herzoglich
Württembergische Subdelegirte:

„befagtes Stift finde sich durchaus in demselben
Verhältnisse, wie andre protestantische Da-
menstifter, über welche in dem Plan disponirt
ist, da der Umstand, ob sie unmittelbar zum Rei-
che oder zu einem ritterschaftlichen corpore
steuern, keinen Unterschied machen könne.
Es sey demnach Sr. Herzogl. Durchl. keine andre
Einschränkung zuzumuthen, als diejenige, welche
bei den übrigen zu entschädigenden Fürsten,
denen solche Stifter zugeschrieben worden, Statt
finden.“

Die sämmtlichen übrigen Herren Subdelegirten fan-
den, bei der

m) Dritte Beilage.

„so eben vernommenen Beschaffenheit der Sache,
„desfals nichts zu erinnern n).“

Es blieb also, jenes ritterschaftlichen Widerspruchs ohngeachtet, nicht allein in dem Deputations-Schluss vom 23. Nov. sondern auch in dem späteren vom 25. Februar §. 6. bei der Einziehung des Klosters Oberßenfeld, zum Besten des Herzogthums Wirtemberg o).

§. 56.

Nun aber ist zwischen

„den namentlich und förmlich zur Entschädigung
„angewiesenen Stiftern, Abteien und Klöstern“

und den

„der Disposition des Landesherrn überlassenen“

in dem 36. §. des neuen Reichsgesetzes durchaus kein Unterschied zugelassen.

Wie wäre es auch möglich gewesen,

„Alle fundirte Stifter, Abteien und Klöster in
„den alten sowohl, al. in den neuen Besitzungen,
„katholische sowohl, als A. C. verwandte, deren
„Verwendungen, in den vorhergehenden Anord-
„nungen nicht förmlich festgesetzt worden,“

n) Protocoll der außerordentlichen Reichsdeputation, II. Band, S. 534, 535.

o) Vierte und neunte Beilage, §. 6.

Namen für Namen in dem 35. §. aus ganz Deutschland aufzuzählen? Um dieser undankbaren, und doch eben so leicht vergeblichen Mühe überhoben zu bleiben; konnten die Verfasser des Reichs-Deputations-Schlusses ihre allgemein durchgreifende Absicht, in Ansehung der unzählbaren übrigen nicht namentlich angewiesenen Mediatstifter, (§. 12.) nicht deutlicher ausdrücken, als durch deren collective, jedoch unter so unausweichlichen, allumfassenden Kategorien gestellte Bezeichnung, daß es schlechterdings unmöglich blieb, ein einziges derselben zu übersehen, oder von der freien und vollen landesherrlichen Disposition auszuschließen.

§. 37.

Dieselbige Beschaffenheit der Sache also, die bei der Reichsdeputation vom 11. Nov. 1802, gegen die älteren Ansprüche des Ritter-Cantons Kocher auf das an Wirtemberg namentlich überlassene Kloster Oberstenfeld entschied und desfalls nichts zu erinnern übrig lies, §. 35. trifft auch auf alle, in dem 35. §. des Deputations-Schlusses begriffene, wenn gleich namentlich nicht aufgeführte, andre protestantische D a m e n - Stifter mehr oder weniger wörtlich zu.

Wie könnte denn, um wieder auf das Beispiel von Mecklenburg zurückzukommen, für die älteren Ansprüche einer mittelbaren Ritter- und Landschaft (§. 29.) an die, der landesherrlichen Disposition collective überlassenen Jungfrauen-Klöster, nach vorlängst promulgirtem neueren Reichsgesetz, mehr zu

erinnern und ihnen ein größeres Gewicht zu versprechen seyn, als, bei übrigens gleicher Beschaffenheit der Sache, die unmittelbare Reichsritterschaft für ihre älteren Ansprüche an ein namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenes Kloster, bei den Gesetzgebern selbst, noch in den Augenblicken der Abfassung des ersten Entwurfs, (re adhuc integra) zu bewirken im Stande war?

§. 38.

Der Umstand, daß die Mecklenburgischen fundirten Jungfrauen-Klöster in dem 35. §. nicht eben so namentlich numeriret stehen, als die Wirtembergischen im §. 6. des neuen Reichsgesetzes, kann, vermöge der, beiden Classen von geistlichen Stiftungen gemeinschaftlichen, allgemein durchgreifenden gesetzlichen Bestimmung des 36. §., für die nicht benannten, eine Ausnahme von jener allgemeinen Regel eben so wenig begründen, als die Anwendlichkeit, des älteren Landes-Compactates vom 1572 auf eben diese Klöster gegen das neuere Reichsgesetz, noch ferner zulassen.

In den Reichsgesetzen von den Jahren 1654, 1658, und 1670. war die Mecklenburgische Ritter- und Landschaft eben so wenig namentlich unter denjenigen Landassen und Unterthanen aufgezählt, welche zu den Garnisons-Fortifications- und Legationskosten auch Kammerzielern ihren Landesherren Beiträge zu leisten angewiesen wurden. Dennoch war ihre collective Nachweisung vollkommen hinlänglich, um in der Urthel vom Jahre 1698 (§. 28.) jede weitere An-

wendung der in eben dem älteren Landes-Compacrat von 1572 ihr versicherten Steuerfreiheit auf diese Verbindlichkeiten neuerer Reichsgesetze zu vereiteln, ohne ihr von den allgemein durchgreifenden Bestimmungen neuerer Reichsgesetze irgend eine Ausnahme übrig zu lassen.

In beiden Fällen war Mecklenburg unter der Totalität der reichsgesetzlichen Regel stillschweigend begriffen; eine Ausnahme von dieser streitet wider die rechtliche Vermuthung und ward daher in dem einen Fall so wenig zugelassen, als sie in dem andern rechtliches Gehör wird erwarten dürfen.

Es hätte in diesem Fall eben so wenig, wie in jenem, einer neuen Legislation bedurft, wenn man dort die Unterthanen zu nichts weiter, als was ohnehin schon gesetzlich ihnen oblag, hätte verpflichtet, und hier die Landesherren zu nichts weiter, als was sie längst unbestritten ausgeübt hatten, hätte berechtigen wollen; wenn man die Obliegenheiten der ersteren, und die Befugnisse der letzteren nicht über die Grenzen der bisherigen Landes Gesetze und Verträge hinaus, hätte erweitern, über das Hinderniß früherer Entfagungen, oder entgegenstehender Versicherungen nicht die Landesherren hätte hinwegsetzen, mit einem Wort, wenn man nicht der Landeshoheit einen neuen, bis dahin nicht gesetzlichen, nicht verfassungsmässigen Zuwachs, zur Verstärkung der innern Kraft des Ganzen, (§. 11.) hätte verschaffen wollen.

§. 39.

Es würde nicht schwer seyn, die vorliegende

Parallele zwischen beiden, durch neuere Reichs-Gesetze aufgehobenen Wirkungen eines und desselbigen älteren Landes-Compactats noch weiter fortzuführen. Das Resultat davon muß für die Anwendung des neuern Reichs-Gesetzes auf die landesherrliche Disposition über die Klöster um so viel günstiger ausfallen, je ungleicher die Tendenz ist, womit beide Wirkungen ihren Titel aus der gemeinsamen Quelle des Landes-Compactats ableiten.

An der Steuerfreiheit nämlich, wie an der dafür übernommen landesherrlichen Schuld von 400,000 Gulden sollten, nach der deutlich ausgedrückten Absicht des Affecurations-Reverses vom Jahr 1572,

„die Unterthanen aller Stände,“

mit Einschluss der landesherrlichen Domainen, der fürstlichen Prinzen- und Witthums-Güter, der einheimischen Geistlichen und fremden Prälaten,

„oder andrer, auffer oder innerhalb Landes gefessener Güter, so ihre Nahrung in Unfern Landen haben und Unsers Schutzes und Beschirmung genießen, wes Standes oder Condition die seyn, wie die Nahmen haben, Niemand ausgezogen, Unfre beiden Seestädte Rostock und Wismar sowohl, als Unfre Landstädte“

Theil nehmen. p) An den eben darinn überwiesenen Jungfrauen-Klöstern hingegen nehmen bekanntlich, nach einem neueren, wenn gleich nur factischen,

p) Mecklenburgische Grund-Gesetze, S. 25. 26.

weder legalen noch unbefrittenen Herkommen wenigstens, q) nur gewisse Familien des einländischen Adels für ihre Personen, ohne Rücksicht auf Angeseßtheit, nicht die ganze Ritterschaft, so wie die Städte nur in sehr beschränktem Maasse, alle übrigen Classen von Einwohner aber gar nicht Antheil.

Wenn also die neueren Reichs-Gesetze, welche den Einwand der reversalmässigen Steuer-Freiheit, durch die Urthel vom Jahre 1698. entkräfteten, ein Recht der Unterthanen aller Stände aufhoben; so ist dagegen die Wirkung des Affecurations-Reverses in Ansehung der Klöster für alle übrige Stände schon längst suspendiret. Deren Ansprüche sind der Anwendung des neueren Reichs-Gesetzes nicht weiter im Wege. Durch das neuere Reichs-Gesetz wird also insoferne nicht mehr das ältere Landes-Compactat selbst, sondern nur eine mißbräuchliche und neuerliche Abweichung von demselben, außer Kraft gesetzt: und nur mit den gegründeten oder nicht gegründeten Ansprüchen, derer, die daran Theil nehmen, kommt die Anwendung desselben in Collision.

§. 40.

Eine gleiche Bewandniß, wie mit den vorhin (§. 29.) genannten Mecklenburgischen Klöstern, hat es auch mit dem vierten Jungfrauen-Kloster zum heiligen Kreuz in Rostock insoferne: daß es zwar nicht durch

q) H a g e m e i s t e r s Mecklenburgisches Staatsrecht, S. 47, 48. §. 28. und die daselbst angeführten Schriften.

den Affecurations-Revers von 1572, sondern wenige Jahre später, durch den Erbvertrag des Herzogs Ulrich zu Mecklenburg mit seiner Stadt Rostock vom 29. Febr. 1584. §. 51.

„zu christlicher Auferziehung und Unterhaltung einländischer Jungfrauen von Adel und Bürger-Kinder und zu nirgends anders“ r)

angewiesen wurde. Hingegen ist demselben von eben dem Herzoge und dem Rath zu Rostock im Jahre 1586. eine ähnliche Kloster-Ordnung, wie den übrigen, vorgeschrieben und demnächst im Jahre 1617. erneuert worden. s)

Wie also in Ansehung der geistlichen Eigenschaft und der gesetzlichen Bestimmung, zwischen diesem und den übrigen drei fundirten, mittelbaren Jungfrauen-Klöstern Augsburger Confession in den alten Mecklenburgischen Landen durchaus kein Unterschied obwaltet; sondern nur allein der geringere Umfang der zeitlichen Güter und deren Dependenzien dieses Kloster von jenen unterscheidet; so stehet auch der Anwendung des neuen Reichs-Gesetzes auf dasselbe der ältere Erbvertrag mit der Stadt Rostock mit eben so wenig rechtlichem Effect im Wege, als das ältere Landes-Compactat mit der Mecklenburgischen Land-

r) Mecklenburgische Grund-Gesetze, S. 115.

s) Manzels, neue Mecklenburgische Staatskanzlei, II. Theil, S. 1. ff.

Landſchaft der Anwendung auf die übrigen. Alles was (§. 30 - 38) darunter von dieſen gilt, trifft auch auf jenes zu:

„beſagtes Kloſter befindet ſich durchaus in demſelben Verhältniſſe, wie andre proteſtantiſche Damenſtiſter, und es iſt alſo, bei gleicher Beſchaffenheit der Sache, auch deſfalls nichts zu erinnern (§. 35.).“

Mit einem Wort: Alle Güter und Gerechtfame, Capitalien und Einkünfte des einen, wie der andern, ſind durch das neueſte Reichsgeſetz der freien und vollen Diſpoſition des Landesherrn übergeben.

§. 41.

Von der Großmuth des itzt regierenden Herzogs zu Mecklenburg - Schwerin läßt es inzwiſchen mit Grunde ſich erwarten: daß ſie zwar den gegenwärtigen Augenblick zur reichsgeſetzmäßigen Erweiterung der Hoheitsrechte ſeines Hauſes eben ſo wenig unbenutzt laſſen werde; als ſeine Vorfahren in der letzten Hälfte des ſiebenzehnten Jahrhunderts; daß ſie aber, bei der Vollſtrekkung des neuen Reichsgeſetzes, wenn man darüber nicht, wie damals das Urtheil des Richters (nach der geſetzlichen Vorſchrift des kaiſerl. Promulgator-Reſcripts (§. 23.) ſondern lediglich die Stimme Landesvaters entſcheiden laſſen wird, auf die Strenge des buchſtäblichen Sinnes nicht beſtehen, ſondern milderen Grundſätzen Gehör geben; daß ſie weniger auf die geſetzliche Erleichterung der landesherrlichen Finanzen, als auf die Verdienſte der Väter und auf

das Bedürfnis der Töchter, Rücksicht nehmen, das heisst: nicht blos auf die, im 35. §. des Deputations-Schlusses vorbehaltenen Bedingungen der landesherrlichen freien und vollen Disposition über die Klöster sich beschränken, sondern auch die reversal- und erbvertragsmässige Bestimmung der Klöster;

„zu christlicher ehrbarer Auferziehung und Unterhaltung der einländischen Jungfrauen, so sich darinn zu begeben Lust haben mögten, (§. 29, 40)“

nicht ganz aus den Augen verlieren; dass sie folglich zur ferneren Verhütung bisheriger Abweichungen davon, zwar die ausschliessliche gesetzmässige Administration der Klostergüter mit deren Dependenzien übernehmen, dabei aber nicht blos die wohlerworbenen Rechte der itzigen Conventualinnen, wie die Hofnungen der Expectantinnen, berücksichtigen, sondern auch für die Zukunft

„bei den Frauenstiftern die Verforgung der Dürftigen als Hauptzweck ansehen und nur dahin trachten werde, dem Landesherrn die ausgedehntesten Mittel zu verschaffen, für dürftige Frauenspersonen aus allen Ständen besonders aus der Classe der Staatsdiener zu sorgen (§. 25.);“

mit einem Wort: dass es nicht sowohl auf gänzliche Aufhebung, als auf reversal- und erbvertragsmässige Verwendung der Jungfrauen-Klöster unter landesherrlicher Administration abgesehen seyn werde, wenn es auch seiner Weisheit gefallen sollte, die Zahl der, in

den vier Mecklenburgischen Klöstern izt zur Hebung stehenden 223 Percipientinnen t) in richtigerem Verhältniß zu dem Umfang des Landes, auf den obigen Gesichtspunct zu reduciren, mithin einen Theil der für diesen viel zu ausgebreiteten Klostergüter u) und deren Einkünfte anderweitigen Zwecken, etwa männlichen Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten, zu widmen.

§. 42.

Die gesetzmäßige Erleichterung, welche etwa die baaren Ueberschüsse einer solchen Verwendung den landesherrlichen Finanzen gewähren dürften, wären den letzteren um so viel lieber zu gönnen; Je unverdienteren Verlust diese sonst, wider die Absicht der Gesetzgeber und der Vermittler (§. 7, 8) dadurch leiden würden: daß die jährliche Rente von 10,000 Gulden welche der 9. §. des ersten Reichsdeputations-Schlusses auf den sichern Ertrag der Mediastifter des Hochstifts Osnabrück angewiesen hatte, in dem 9. §. des zweiten Reichsdeputations-Schlusses auf die äufferst unsichere Hypothek der Rhein-Schiffahrts-Octroi übertragen war.

In dieser Rücksicht hatte auch Mecklenburg-Schwerin seinen Beitritt zu den Deputations-Haupt-

t) Mecklenburg-Schwerinscher Staatskalender 1804. I. Th. S.

u) Ebendasselbst, II. Th. S. 110 - 114.

Schluss im Reichsfürsten-Rath nur unter der Voraussetzung zu Protocoll ertheilet:

„dass es die Anweisung auf die Schiffahrts-Octroi
 „nur, als einen weniger vollständigen Ab-
 „trag seiner Entschädigungs-Forderung betrachte,
 und die Ergänzung der ihm gebührenden
 „Compensation, mittelst angemessener Gegen-
 „stände, welche durch weitere Vorkommenheiten
 „noch dazu geeignet werden könnten, immit-
 „telst noch erwarten zu dürfen glaube uu).“

Desto gerechter sind wenigstens die Ansprüche des Herzoglichen Hauses auf die Ergänzungen und Zuschüsse, welche demselben der 35. §. des ersten Deputations-Hauptschlusses, unter Nummer 1) im Fall der Unzureichlichkeit jener Rente, auf die Güter der mittelbaren Klöster (§. 8.) ausdrücklich angewiesen hatte; eine Anweisung die der zweite Deputations-Hauptschluss mit der freien und vollen Disposition über die Klöster in ihren alten Besitzungen, namentlich zur Erleichterung ihrer Finanzen (§. 10.) ausdrücklich vertauscht hatte. Beide Entschädigungs-Ergänzungen können eben so wenig für illusorisch angenommen werden, als die in dem ersten Plan eröffnete Perspective auf die Acquisition des Lauenburgschen Amts Neuhaus: für deren Verlust würde also ein andres Aequivalent ausgemittelt werden müssen, wenn dazu nicht die zuletzt dafür angewiesenen Klostergüter wenigstens benutzt werden sollten.

uu) Reichsfürstenraths-Protocoll vom M. März, 1803.

Eine so wohlthätige Verbindung der reichsgesetzlichen Disposition des Landesherrn über die Klöster mit deren landesgesetzmäßiger Bestimmung, ganz im Geiste des gemäßigten Systems der weisen Preussischen Regierung, und daher der Politik eines, mit dem Brandenburgischen verbrüdereten Staats vielleicht desto angemessener, würde für den Landesherrn eben so anständig, als für seine Unterthanen aller Stände vortheilhaft seyn; würde für den Staat ohne Zweifel die glücklichste und schonendste, mithin eben um deswillen gerade die richtigste Auslegung und Anwendung des neuen Reichsgesetzes werden!

Nachschrift.

§. 45.

Es ist inzwischen den vorliegenden Paragraphen des Reichs-Deputationschlusses gegangen, wie vielen andern Dingen in der Welt, die so klar sind, wie das Einmal Eins, und doch von manchen Leuten gemißdeutet wurden, weil diese entweder ihre Rechnung nicht dabei fanden, oder von gewohnten Begriffen sich nicht losreißen mochten, um solche mit der neuen Ordnung der Dinge zu vertauschen.

Herr Gaspari v) zum Beispiel, kann sich nicht darinn finden, sondern hält diese §§. für die unerklärbarsten, weil er dabei von zwei gleich unrichtigen Standpuncten ausgeht: Erstlich,

„dass die Säcularisationen nur Entschädigungen bewirken sollten;“

und zweitens,

„dass diese sich nicht anders denken lassen, als von katholischen geistlichen Stiftungen.“

Die erste Voraussetzung leitete ihn zu der Vermuthung: dass die Erlaubniss zur Einziehung der Mediat-Stifter und Klöster

„nur für diejenigen Theilnehmer am Entschädigungs-Werke, die für Verlust jenseits des Rheins diesseits Entschädigung erhalten haben, gelten solle, weil doch diese allein auf Entschädigung Anspruch machen können, und dann jene Anweisung gleichsam ein Supplement ihrer Entschädigung wäre, die übrigen deutschen Landesherren aber die Sache gar nichts angeht.“

Wie unzulänglich jene Voraussetzung und mit ihr diese Vermuthung im Ganzen sei, ist zwar vorhin

v) Der Deputations-Recess mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen von A. C. Gaspari. Hamb. 1803. II. Th. S. 277—279.

schon (§. 11.) gezeigt worden. Inzwischen kann man bei diesem Gesichtspunct, in Beziehung auf das Beispiel von Mecklenburg (§. 29.) still stehen bleiben, und er ist diessseits (§. 42.) insoferne selbst angenommen, als dessen Entschädigung für den erlittenen Verlust, nach der Absicht des Deputationschlusses durch den 9. §. bei weitem nicht erschöpft wurde, sondern zu der Anweisung eines Supplements vollkommen berechtigt.

Zu der zweiten Voraussetzung glaubt sich dieser sonst verdienstvolle Schriftsteller durch folgende einseitige Ansicht veranlaßt:

„Die Protestanten haben dergleichen nicht. Was bei ihnen Stift, Abtei oder Kloster heisst, hat bloß den Namen einer geistlichen Anstalt, und höchstens zuweilen einen äußerlichen geistlichen Anstrich von den katholischen Zeiten, vor der Reformation her, beibehalten. Dem Innern, dem Wesen nach, sind es bloße Verforgungs- oder Unterrichts-Anstalten. Der König von Preussen giebt die Pfründen seiner Dom- und andren Stifter verdienten Militair- und Civilpersonen, und sie bleiben dabei eben so weltlich wie vorher. — — — Die Kloster-Fräulein in Mecklenburg denken nicht daran, Nonnen zu seyn. Es ist ihnen gar nicht um Singen und Bethen, sondern einzig um die Hebung zu thun; und von einem Gelübde der Keuschheit wissen sie nichts. Wo ist denn nun das Geistliche, das Säkularisirbare? Alle diese Stiftungen wurden schon mit der Reformation säcularisiret und in Belohnungs- Bildungs- und Verforgungs-Anstalten umgeschaffen.“

Wer erkennt hier nicht dieselbige Sprache, deren der Reichs-Ritter-Canton Kocher, bei seiner Reclamation des Damenstifts Oberlangenfeld (§. 35.) sich bediente? kann sie hier einen andern Erfolg haben als dort?

§. 44.

Wer berechtigte aber überhaupt Herrn Gaspari den gesetzlichen Ausdruck der freien und vollen landesfürstlichen Disposition mit dem Begriff von Säkularisation zu verwechseln und diesen für jenen willkürlich zu substituiren? da des letzteren in beiden §§. nicht mit einem Worte gedacht ist, und der erstere unstreitig weit mehr in sich begreift? Was freie und volle Disposition sagen will, weifs ein jeder; was Säkularisation bezeichnet, ist zwar auch aus jedem Compendium des geistlichen Rechts w) bekannt genug; nur einem Nicht-Juristen ist es zu verzeihen, wenn er die wesentliche Verschiedenheit einer Säkularisation von der Reformation einer geistlichen Stiftung (§. 29.) ignoriret.

Man könnte ihm also unbedenklich es einräumen, dafs die protestantischen Mediat-Stifter und Klöster nicht mehr säcularisirt werden könnten, sondern es
schon

w) *Suppressio et extinctio beneficiorum extraordinaria — secularisatio dicitur, qua beneficia et fundationes auctoritate potestatis secularis extinguuntur bonis iisdem adnexis, aliis publicis usibus destinatis.* (Boehmer principia juris canonici, §. 620.)

schon wären, denn dadurch würde die reichs-schlussmäßige freie und volle Disposition des Landesherrn keinen Augenblick aufgehalten werden, wenn es nicht der geschichtlichen Wahrheit (§. 30, 31.) widerspräche.

In den Preussischen Staaten würde wenigstens nicht izt erst die reichs-schlussmäßige uneingeschränkte Disposition über die Stifter in den alten königlichen Reichslanden und die Berechtigung zu ihrer gänzlichen Aufhebung (§. 25.) dazu benutzt seyn, um dem Landesherrn die ausschließende Befugniß zur uneingeschränkten Besetzung aller künftig vacant werdenden Stellen in denselben zuzueignen, wenn der König schon damals, als Herr G. (1803.) schrieb, dieses Recht gehabt hätte.

Die Mecklenburgischen Kloster-Fräulein insbesondere werden dem Herrn G. für das Compliment, was er ihnen, wegen ihrer Ungeistlichkeit, macht, schlechten Dank wissen; will Herr G. mit der Geschichte der ersten Ueberweisung dieser Klöster an die Landschaft (§. 31.) sich nicht begnügen; so mag ihn die revidirte Kloster-Ordnung der H. H. Adolf Friedrich und Hans Albrecht vom 10. December 1610. authentisch darüber belehren:

„dass die Conventualinnen dieser Klöster des Gottesdienstes allein sich befleißigen sollen; dass sie auch nach der Reformation in ihrem esse gelassen, auch der Ritter- und Landschaft die Klöster nur, in solchem Gebrauch dieselben zu behalten, abgetreten worden; dass

die Kloster-Personen alle Tage zum Bethen und Singen zweimal zu Chor gehen und den Unterschied zwischen geistlichen und weltlichen Jungfrauen, sowohl innerhalb als außerhalb des Klosters, durch eine vorgeschriebene Kleidertracht bezeichnen müssen; daß die dieser Ordnung ungehorsamen Conventualinnen ohne alle Gnade aus dem Kloster verstoßen und weggejagt werden, denjenigen aber, welchen dieses nicht gefällt, freistehen soll, das Kloster zu verlassen.“ x)

Man müßte die ganze Kloster-Ordnung abschreiben, wenn man es noch anschaulicher machen wollte, wie übel Herr G. von der Mecklenburgischen Kloster-Verfassung unterrichtet ist: und gleichwohl ist eben diese Kloster-Ordnung das einzige Grund-Gesetz, worauf noch bis diesen Augenblick alle Superioren dieser geistlichen Stiftung von der Landesherrschaft verpflichtet werden. y)

Mit eben dieser Vorschrift stimmt die Rostocksche revidirte Kloster-Ordnung für das dortige Kreuz-Kloster vom 3. April 1630. im Wesentlichen überein. z) Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, ob die in diesen Kloster-Ordnungen vorgezeichneten Gegenstände, für die Religion und für den Staat

x) Sechzehnte Beilage.

y) Siebenzehnte Beilage.

z) Manzels N. Mecklenb. Staatskanzlei, II. Th. S. 1, ff.

wohlthätigen und erspriesslichen Bestimmungen der dazu bisher gewidmeten öffentlichen Fonds sind, als die in dem Deputationschluss §. 35. dem Landesherrn überlassenen anderweitigen Verwendungen derselben? Herr G. mag inzwischen sehen, wie er vor dem ehrwürdigen Orden unserer frommen Damen die Indiscretion verantworten kann, womit er sie einer Gleichgültigkeit gegen ihre Kloster-Pflichten bezüchtigen will! Und wäre dieser Vorwurf gegründet, so folgte daraus nur noch eine Nothwendigkeit mehr, eine so ausgeartete, so sehr von ihrer ursprünglichen Bestimmung (§. 29.) abgewichene Stiftung je eher je lieber zu unterdrücken, um ihre Fonds zu den gemeinnützlicheren und edleren Zwecken, die der Reichschluss nachweist und die oben (§. 26.) näher bezeichnet sind, zu verwenden.

§. 45.

Das Schlimmste für Herrn G. ist, dass er durch diese falsche Prämisse, für seine Hypothese selbst am Ende nichts gewinnt. Er muss selber an deren Haltbarkeit verzweifeln, indem er gesteht: dass

„man durch die Allgemeinheit des Ausdrucks im §. 35. wieder irre wird,“

und es nur beseufzet: dass

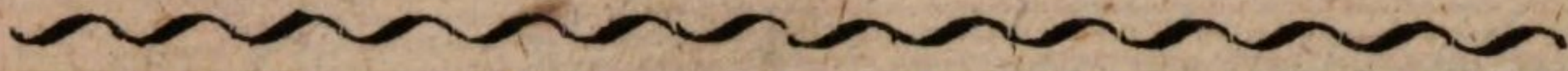
„auf jeden Fall dieser §. tausend Familien, besonders des ärmeren Adels, allen Freunden der National-Bildung, besonders in Hinsicht auf die folgenden Jahrhunderte, und selbst mancher Landes-Verfassung, wehe thun muss.“

Sollten nicht die etwanigen ärmeren Familien von Adel, in Mecklenburg wenigstens, bei der (im §. 41.) nachgewiesenen Aussicht auf die landesherrliche Schonung sich vollkommen beruhigen können? Für die Erziehung und Bildung der kommenden Generationen hat, insoferne nicht dem Worte National-Bildung eine subjective verschiedene Tendenz untergelegt seyn soll, selbst das Gesetz, durch die Anweisung eines Theils der Klostergüter zu Unterrichts-Anstalten, auf die verbindlichste Weise und sicherlich weit wirksamer gesorgt, als durch die bisherige Kloster-Disciplin (§. 39.) jener Zweck erreicht werden konnte.

Was aber die Landes-Verfassungen anlangt, so können diese freilich izt kein besseres Schicksal sich versprechen, als bei vormaligen ähnlichen Reichs-Gesetzgebungen (§. 27, 28.), nicht mehr Anspruch auf das Privilegium der Unveränderlichkeit machen, als selbst die ganze deutsche Reichs-Verfassung, nach dem einverstandenen Erkenntniß des Kaisers und Reichs, (§. 15, 16.) wie nach dem authentischen Zeugniß der vermittelnden Mächte, (§. 17.) durch den Deputations-Hauptschluss erfahren mußte. Desto weniger können unfre Territorial-Verfassungen eine Ausnahme begehren von den

„dispositions précédentes abrogées, dont le souvenir subsiste encore — qui ne sauroient plus être invoquées à l'avenir.“ (Zwölfte Beilage.)

B e i l a g e n.



Verzeichniss der Beilagen.

- Num. I. Auszug des Russisch-französischen Indemnitätsplans,
vom Datum Regensburg den 18. August 1802
- II. Auszug des zweiten Russisch-französischen Entschädi-
gungsplans, v. D. Regensburg den 8. Oct. 1802.
- III. Vorstellung des Schwäbischen Reichsritter-Gantons
Kocher, das Damenstift Obristenfeld betreffend, v. D.
Regensburg den 8. Nov. 1802.
- IV. Auszug des ersten Reichs-Deputations-Hauptschlusses,
v. D. Regensburg den 23. Nov. 1802.
- V. Auszug einer Russisch-französischen Ministerialnote an
die Reichs-Deputation, v. D. Regensburg d. 5. Dec. 1802.
- VI. Auszug des dritten Russisch-französischen Entschädi-
gungsplans, v. D. Regensburg den 3. Dec. 1802.
- VII. Auszug der Russisch-französischen Ministerialnote an
die Reichs-Deputation, v. D. Regensburg den 11. Febr.
1803.
- VIII. Auszug der Russisch-französischen Ministerialnote
an eben dieselbe, v. D. Regensburg d. 24. Febr. 1803.

Num. IX. Auszug des zuletzt, zwischen den vermittelnden Ministern und der Reichs-Deputation einverstandenen französischen Original-Textes des Reichs-Deputations-Hauptschlusses vom 25. Febr. 1803.

— X. Reichs-Gutachten wegen der Bestätigung des Reichs-Deputations-Hauptschlusses, v. D. Regensburg den 24. März 1803.

— XI. Kaiserliches Ratiifications-Decret wegen Bestätigung eben desselben, v. D. Regensburg den 27. April 1803.

— XII. Auszug der letzten Russisch-französischen Ministerialnote an die Reichs-Deputation, v. D. Regensburg den 9. Mai 1803.

— XIII. Kaiserliches Promulgator-Rescript an die Reichs-Gerichte, wegen des Reichs-Deputations-Hauptschlusses, vom Datum Wien den 25. Jul. 1803.

— XIV. { Königlich Preussische Cabinets-Rescripte wegen
— XV. { Verwendung der reichschlußmäßigen Disposition
über die Stifter, v. D. Berlin den 21. Februar
1804.

— XVI. Herzoglich Mecklenburgische revidirte Kloster-Ordnung, v. D. Gültrow den 10. Dec. 1610.

— XVII. Herzoglich Mecklenburg-Schwerinsche Kloster-Provisor-Bestallung, v. D. Schwerin den 23. Nov. 1802.

E r s t e B e i l a g e.

Auszug des ersten Ruffisch-franzöfischen Indem-
nitätsplans, vom Datum Regensburg den 18.
August 1802.

Ces propositions par rapport au règlement des indem-
nités et Allemagne conduisent encore à énoncer ici
plusieurs considérations générales, qui sont de
nature, à devoir fixer l'attention de la Diète et sur
les quelles il ne pourra manquer d'être pris des deci-
sions convenables. Il paroît nécessaire d'établir — —

Deuxièmement, que les biens des Chapitres,
Abbayes, Couvens tant d'hommes que de femmes,
tant médiats qu'immédiats, dont il n'a pas été for-
mellement fait emploi dans la présente proposition
seront appliqués:

- A) au complément de l'indemnité des Etats et membres héréditaires de l'Empire, s'il est reconnu, qu'il n'ya pas été suffisamment pourvu, par les assignations ci-dessus, et sauf la souveraineté, qui demeurera toujours aux Princes territoriaux;
- B) à la dotation des nouvelles églises cathedrales, qui seront ou conservées ou établies, tant pour l'entretien des Evêques, que de leurs Chapîtres et autres fraix de culte;
- C) aux pensions viagères et alimentaires du clergé supprimé. Troisièmement, que les biens et les revenus appartenans aux hôpitaux, fabriques universités, Colléges et autres fondations pieuses comme aussi celles des communes de l'une des deux rives du Rhin situées sur l'autre rive, devront en demeurer distraits et mis à la dispositions des Gouvernemens respectifs. — — — —

(Protocoll der aufferordentlichen Reichs-Deputation,
Beilage N. VII. u. VIII. S. 29.)

Z w e i t e B e i l a g e.

Auszug des zweiten Ruffisch-französischen Entschädigungsplans, vom Datum Regensburg den 8. October 1802.

Plan général, proposé par les Puissances médiatrices avec les modifications résultantes des instructions ultérieures, qu'elles ont données à leurs Ministres, en consequence des observations, petitions, réclamations, qu'elles ont reçues, ou qui ont été transmises à ces Ministres par le Plénipotentiaire Impérial, d'après les arrêtés de la Deputation extraordinaire de l'Empire Germanique.

Les repartitions et arrangemens sont ultérieurement et definitivement modifiés de la manière, qui suit:

— — — — —

§. 6.

Au Duc de Wurtemberg — — — la Prévôté d'Elwangen, les Chapîtres, Abbayes et Couvents de Zwiefalten — — Obristenfeld, Holzhausen, Margarethhausen et tous ceux situés tant dans les nouvelles, que dans les anciennes possessions — — —

— — — — —

§. 9.

Au Duc de Mecklenburg-Schwerin pour ses droits et répétitions sur deux Canonicats héréditaires de l'église de Strasbourg, qui lui avoient été donnés en remplacement du port de Wismar ainsi que pour ses prétentions sur la presqu'île de Priwal dans la Trave: les droits et propriétés de l'hôpital de Lubeck dans les villages de Warrekenhagen, Altenbukow et Krumbrook et dans ceux de l'isle de Poel; plus une rente perpétuelle de dix mille florins sur les Chapîtres et Couvents médiats d'Osnabruck, pour servir à l'acquisition du baillage de Neuhaus entre l'Elbe et la Regnitz, dépendant du Duché de Lauenbourg.

— — — — —

§. 25.

— — — — —

Il sera pourvu immédiatement au complément de l'indemnité de l'Archichancelier, fixé à un million de florins, par des assignations sur des Chapîtres, Abbayes et Couvens médiats. Il sera pourvu également à l'entretien du Grand Chapître de Mayence.

— — — — —

§. 54.

Les principes suivans sont inséparables des dispositions précédentes:

— — — — —

2) Tous les biens des Chapîtres, Abbayes et Couvens fondés, tant protestans que catholiques, tant mediats q' immédiats, dont il n' a pas été formellement fait emploi dans les arrangemens précédans, sont mis à la libre et pleine disposition des Princes territoriaux respectifs, sous la réserve formelle:

- a) du complément et supplément d'indemnité des Etats et membres héréditaires de l'Empire, qui par les arrangemens précédans doivent être indemnifiés en rentes perpétuelles, affectées sur cette masse;
- b) de la dotation fixe des Cathédrales qui seront conservées, conformément au réglemeut, qui sera dressé incessamment;
- c) des pensions du clergé supprimé, qui seront pareillement réglées et assurées dans le moindre délai possible.

La quote part destinée aux complémens et supplémens d'indemnité ne pourra dans aucun cas excéder les trois dixièmes des revenus des dits Chapîtres, Abbayes et Couvens, nommément et formellement assignés en indemnité de même que ceux, mis à la disposition des Princes territoriaux, passeront à leurs nouveaux possesseurs avec tous leurs biens droits et revenus, en quelque lieu qu'ils soient situés sauf les distractions expresse.

3) Les biens et revenus, appartenans aux hôpitaux fabriques, universités Colléges et autres fondations pieuses comme aussi ceux des Communes de l'une des deux rives du Rhin, situés sur l'autre rive devront en demeurer distraits et mis à la disposition des Gouvernemens respectifs — — — — —

(Reichs-Deputations-Protocoll, Beilage N. CVII. CVIII.)

D r i t t e B e i l a g e.

(Z i f f e r 2 1 2.)

Vorstellung des Ritterkantons Kocher, das Damenstift Obriltensfelden betreffend etc. dd. Regensburg den 8. Nov. 1802. Dictatum Ratisbonae die 10. Novembris 1802.

P r o m e m o r i a.

Unterzeichneter, der schon in seiner Vorstellung d. d. et dict. 29. Sept. der Vorforge einer hohen außerordentlichen Reichs-Deputation die, zur Entschädigung bestimmten weltlichen Damenstifter, als Zufluchtsorte unverforgter reichsadeltlicher Töchter im Allgemeinen zu empfehlen, sich veranlaßt gesehen hat, findet sich in Ansehung des, zu den wohlthätig-

sten protestantischen Instituten gehörenden Damenstifts Obristenfelden, gegenwärtig, auf ausdrückliche Veranlassung des Schwäbischen Ritterkantons Kocher, zu einem besondern Gesuche aufgefordert, da dasselbe in dem neuen Plan definitiv der hohen vermittelnden Mächte, wahrscheinlich nur aus Unkunde der wahren Verhältnisse eines so wenig bekannten und unbeträchtlichen Objects, zur Vermehrung der Entschädigung Sr. Herzoglichen Durchlaucht von Würtemberg ausersehen worden ist.

Sind gleich höchstdieselben Schutz- und Schirmherr dieses, schon bei der Reformation säcularisirten, und nur als eine bloße Verforgungs-Anstalt für 4 bis 5 Adelige Fräuleins, nach der Absicht seiner wohlthätigen Stifter unter dem alten Namen gebliebenen Stifts; so ist es doch im unbestrittenen Besitze der Reichsunmittelbarkeit, dem Schwäbischen Ritterkanton Kocher einverleibt, unter dessen Mitglieder solches gerechnet wird, und wohin es in ordinario et extraordinario Steuer zahlet, so wie auch das Kocherische Ritterorts-Directorium Evangelischen Theils beständiger von des Herrn Herzogs von Würtemberg Durchlaucht ausdrücklich anerkannter wirklicher Vorsteher desselben ist, und alle darauf Beziehung habende Befugnisse ausübt.

Die Einkünfte dieses Instituts sind so gering, daß davon nur 4 bis 5 evangelische adeliche Fräuleins, nebst der erforderlichen Dienerschaft, unterhalten werden können, welche unter dem Namen Aebtissin und

Konventualinnen zusammen leben, dasselbe wieder verlassen können, bei deren Aufnahme aber, nach den vorhandenen, selbst von den Durchlauchtigsten Regenten Württenbergs nach den Anlagen Num. 1. et 2. anerkannten Grundgesetzen, die erste und vorzüglichste Rücksicht auf Töchter Kanton Kocherischer Mitglieder zu nehmen ist.

So deutlich hieraus erhellt, wie höchst unbedeutend die Acquisition dieses Stifts für Se. Herzoglichen Durchlaucht von Württenberg sey, so wichtig muß jedoch die Erhaltung desselben in seinen bisherigen Verhältnissen dem Schwäbischen Ritterkanton Kocher, und überhaupt dem ganzen unmittelbaren Reichsadel seyn, der bei den gegenwärtigen politischen Veränderungen ohnehin in so vieler Hinsicht unendlich leidet.

Ueberzeugt, daß Ihre Herzogliche Durchlaucht, bei gnädigster Erwägung der vorliegenden wahren Beschaffenheit, nach Höchst Ihrer Gerechtigkeitsliebe und Großmuth, nicht gemeint seyn werden, gedachtes Evangelisches Fräulein Stift der bisherigen wohlhergebrachten immediaten Verbindung mit den Ritterkanton Kocher, und den unverforgten Reichsadelichen Töchter ein, durch die Wohlthätigkeit der Vorzeit ihnen zugedachtes, sie seit Jahrhunderten gegen Dürftigkeit schützendes Obdach zu entziehen, wagt Unterzeichneter zu diesem Ende Eine hohe Reichs-Deputation um hochgeneigteste Verwendung zu bitten, und sich zugleich mit seinen Committenten zu hoher Protection ehrerbietigst zu empfehlen.

Carl von Gemmingen.

A n l a g e n.

Num. 1.

Von Gottes Gnaden Eberhard Ludwig, Herzog zu
Württemberg und Teck, Graf von Mömpelgard, Herr
zu Heydenheim etc.

Unfern günstigen und gnädigen Grus zuvor, Edle,
Velle, Liebe Getreue und Besondere! Euch wird son-
der Zweifel schon bewußt seyn, walsmassen die Fräu-
lein von Göllnitz, eine Conventualin des Freyadeli-
chen Stifts Obristenfeld, dieser Tagen in Darmstadt
mit Todt abgangen, und mithin ein Platz unter den
Chor-Fräulein besagten Stifts ledig worden. Wenn
wir nun von Unserm Landhofmeister, Geheimen
Raths und Kriegsaths-Präsidenten, Grafen von Wür-
ben und Freudenthal, angelegentlichst ersucht wor-
den, daß wir einer von dessen Fräulein Geschwehlin
von Grävenitz, zu Recipirung in solch vacante Stelle,
mitteltst Unsers Vorworts behülflich zu seyn, gnädigt
geruhen wollten; So ist Uns zwar in unentfallenem
Andenken, welchergestalten die von Uns, mit Ewerer
rühmlichen Beihülf, vor weniger Zeit erst revidirte
Statuta und Ordnungen dieses Freystifts zuvorderst der
Noblesse Eweres löblichen Kanton Kocher, und dann
der übrigen Ritterschaft in Schwaben das Vorzugs-
Recht zu solchen Stift ordinarie zueignen. Indeme
wir aber erwähnt Unserm Landhofmeister, in obiger
seiner ersten und angelegensten Bitte, um so weniger
entstehen können, als wir der gänzlichen Hofnung
leben, daß man Uns als Schutz- und Schirmsherr

mehrberührten Stiffts, und in regard Unserer vor dessen conversation bisher getragenen Vorforg, darunter extraordinarie und ohne Consequenz auf das künftige, zu deferiren keinen Anstand finden werden.

Als haben wir Euch, als Vorstehere dieses Frey Adel. Stiffts, besagtes petitum Unsers Landhofmeisters hiemit nicht verhalten, zumalen dahin bestens recommendiren wollen, dafs Ihr zu dessen sonderbahren Obligation und Uns zu danknehmigen Gefallen, einer von erwähnten beeden Fräwlein von Grävenitz, als von allen Adelichen Tugenden, Qualitäten sonders belobt, zu Aufnahme in obige vacante Stelle unter den Chor-Fräwlein des Stiffts Obristenfeld beförderlich seyn, und die Sach, bey hiernächst vornehmen- den Eligirung einer anderwärts Couventualin an der lezt verstorbenen Platz, also Eweres orths dirigiren wollet, damit auf einer derselben reflexion gemacht werden möge; Gegen der Versicherung, dafs, wir solch anhoffende deference, inskünftig zu einigen praejudiz des löbl. Stiffts oder dessen Statuten nicht gezogen werden sondern Selbe vielmehr in Ihrem vigor beständig conservirt bleiben solle. Also wi- Euch hinwiederum in allen Vorfällenheiten Unsere besondere Danknehmung dafür zu erweisen beflissen seyn werden, und ohnhin Euch mit günstig und gnädigem Willen stets wohl beygethan verbleiben.

Stuttgard den 3. Martii 1711.

Eberhard Ludwig.

I n s c r i p t i o.

Denen Wohlgebohrnen, Edlen, Vesteu; Unfern lieben
Getreuen und besondern N. Freyen Ritterschaft in
Schwaben, Orts am Kocher, erbetenen Directoren,
Räthen und Ausschüssen.

E f s l i n g e n.

Nro. 2.

Von Gottes Gnaden Eberhard Ludwig Herzog zu Wür-
temberg etc.

Unfern etc.

Gleichwie Uns Euere, wegen Aufnahme Unfers
Geheimen Raths und Kriegspräsidenten Grafen von
Werben und Freudenthal Fräulein Geschweyhin von
Gräveniz zu einer Konventualin in das Stift Obristen-
feld an der verstorbenen Fräulein von Göllnitz Stelle,
auf unsere beschene Requisition, eingeloffene willfä-
rige Erklärung zu sonderbahren danknehmigen Gefal-
len gereichet; Also geben wir Euch hiemit die gnä-
digste Versicherung, daß wir solche nicht nur bey al-
len Occasionen gegen Euch mit Gnaden zu erkennen,
sondern vornehmlich auch die Aufrechthaltung
des Stifts und die vor dessen Konfervation
bisher getragene Vorforge fürterhin, wie Uns, als des-
sen Schutz- und Schirmherrn, ohnedem gebühret, zu
continuireu, nicht ermangeln werden, der zuversicht-
lichen Hofnung anbey annoch gelebend, Ihr werdet
die Frau Aebtissin und Convent dahin zu disponiren

trachten, daß Sie Unser Fürstl. Vorwort bey Ihnen ebenermassen Statt finden und bey vornehmender Wahl obbemeldete Fräulein von Gräveniz zu einer Chorfräulein zu erwählen, und in das Stift aufzunehmen; um so weniger anstehen mögen, als wir die Euch schon in unserm ersten sub dato den 3. dieses abgelassenen Schreiben gegebene Versicherung hiemit nochmalen wiederholen und contestiren, daß diese extraordinari Reception weder den neu errichteten statutis, nach der alten Observanz, präjudicirlich seyn, oder zu einer Consequenz jezo und inskünftige gegen Euch, als des Stifts Vorsteher, oder das Stift selbst, angezogen werden solle. Wir versehen Uns also des unfehlbaren baldesten wirklichen Erfolgs und verbleiben Euch mit günstig und gnädigen Willen jederzeit wohl beygethan.

Stuttgard den 26. Martii 1711.

Eberhard Ludwig.

Denen Wohlgebohrnen, Edlen, Vesten, Unsern Lieben Getreuen und besondern N. Freyen Reichs-Ritterschaft in Schwaben, Orts am Kocher, erbetenen Directoren, Räthen und Ansäßen

E f s l i n g e n.

(Reichs-Deputations-Protocoll, Beilage
Num. CCXII.)

Vierte

V i e r t e B e i l a g e.

Auszug des ersten Reichs-Deputations-Hauptschlusses, vom Datum Regensburg den 23. November 1802.

— — — — — — — —

Die Austheilung und endliche Bestimmung der Entschädigungen geschiehet, wie folget:

— — — — — — — —

§. 6.

Dem Herzoge von Würtemberg — — — die Probstei Ellwangen, die Stifter, Abteien und Klöster Zwiefalten — — — Oberstenfeld, Margarethhausen, nebst allen denjenigen, so in seinen neuen sowohl, als alten Besitzungen gelegen sind; doch ohne Abbruch der verfassungsmässigen Bestimmung der letzteren — — — — — — — —

— — — — — — — —

§. 9.

Dem Herzoge von Mecklenburg-Schwerin für seine Rechte und Ansprüche auf zwei erbliche Canonicate der Kirche zu Strasburg, die ihm als Ersatz für den Hafen von Wismar gegeben waren; so wie für seine Ansprüche auf die Halbinsel Priwal in der

Trave, deren ausschliesliches Eigenthum der Stadt Lübeck bleibt: die Rechte und das Eigenthum des Lübecker Hospitals in den Dörfern Warnekenhagen, Altenbukow und Krumbrook, und in den der Insel Poel; ferner eine immerwährende Rente von 10,000 Gulden auf die mittelbaren Kapitel und Klöster von Osnabrück; vorbehältlich eines weiteren Einverständnisses zwischen den vermittelnden Mächten und dem Könige von England, Churfürsten von Braunschweig-Lüneburg.

— — — — —
§. 25.
— — — — —

Für die Ergänzung der dem Kurfürsten Erzkanzler bestimmten Entschädigung von einer Million Gulden wird unverzüglich, durch Anweisungen auf mittelbare Stifter, Abteien und Klöster geforgt werden.

— — — — —
§. 55.
— — — — —

Alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöster katholischer sowohl, als A. C. Verwandter, mittelbarer sowohl, als unmittelbarer, deren Verweudung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien und vollen Disposition der respecti-

ven Landesherren überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte:

- 1) der Entschädigungs-Ergänzung und des Zuschusses für die Stände und erblichen Glieder des Reichs, welche nach oben vorkommenden Bestimmungen, durch beständige, auf dieser Masse haftenden Renten zu entschädigen sind;
- 2) der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche werden beibehalten werden;
- 3) der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit, nach den unten theils wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden nähern Bestimmungen.

Die zu den Entschädigungs-Ergänzungen und Zuschüssen ausgesetzte Quote darf in keinem Falle drei Zehnttheile der Einkünfte der besagten Stifter, Abteien und Klöster überschreiten. Die zur A. C. gehörigen und gemischten sind hievon gänzlich befreiet.

§. 36.

Die namentlich und förmlich zur Entschädigung angewiesenen Stifter, Abteien und Klöster, so wie die, der Disposition der Landesherren überlassenen, gehen überhaupt an ihre neuen Besitzer mit allen Gütern, Rechten und Einkünften, wo sie auch immer gelegen sind, über, so ferne oben

nicht ausdrückliche Trennungen festgesetzt worden sind.

§. 57.

Die auf der einen Rheinseite befindlichen Güter und Einkünfte, welche — — frommen Stiftungen — — der andern Rheinseite gehören, bleiben davon getrennt und der Disposition der respectiven Regierungen überlassen — — — — —

(Reichs-Deputations-Protocoll, II. B. XXX. Sitzung. S. 580, 581, 583, 593, 599, 600.)

F ü n f t e B e i l a g e.

Auszug einer Ruffisch-französischen Ministerialnote an die Reichs-Deputation, vom Datum Regensburg den 3. Dec. 1802.

Il est agréable au soussigné de pouvoir ajouter, que l'acte, qui vient de lui être transmis, répond parfaitement à l'attente de son Gouvernement. Mais il observe, que les paragraphes 1. à 47. inclusivement, étant l'expression d'un texte rédigé, examiné et ac-

cepté en langue française, la scrupuleuse fidélité, avec laquelle ils paraissent rendus dans la langue allemande, ne dispense pas de conserver la version originale. Il a en conséquence l'honneur de remettre une expedition en langue française de ces 47 paragraphes, tels qu'ils ont été proposés, ou subsequmment consentis par les Puissances médiatrices et finalement agréés par la Deputation, pour entrer dans son acte définitif du 23. Novembre. Il demande que cette pièce soit annexée à l'acte définitif, pour que les parties intéressées puissent y avoir recours en cas de besoin. Cette précaution obvie évidemment aux interpretations erronées ou aux doutes, qui pourroient s'élever dans l'avenir. Peut-être même seroit-il utile, que la Deputation voulût bien faire une dernière confrontation des deux versions et si Elle appercevoit quelque nuance équivoque dans la dernière, la rectifier au protocole, pour détruire jusqu'à la possibilité des discussions de ce genre dans des tems plus reculés.

Laforest.

Baron de Bühler.

(Reichs-Deputations-Protocoll, Beilage N. CCLIX, CCLX.)

S e c h s t e B e i l a g e.

E x t r a i t d e l'

Expédition du texte original en langue française finalement convenu entre les Ministres des Puissances médiatrices et la Députation extraordinaire de l'Empire, pour entrer en langue allemande dans l'acte définitif de la Députation.

La répartition et le règlement définitif des indemnités a lieu ainsi qu'il suit:

— — — — —

§. 6.

Au Duc de Wurtemberg — — — — — la
Prévôté d'Elwangen les Chapîtres, Abbayes et Cou-
vens de Zwiefalten — — — Obristenfeld, Margareth-
hausen et tous ceux situes tant dans les nouvelles,
que dans les anciennes possessions, sauf quant à
celles ci leur destination constitutionnelle — — —

— — — — —

§. 9.

Au Duc de Mecklenburg-Schwerin pour ses
droits et répétitions sur deux Canoncats héréditaires
de l'église de Strasbourg, qui lui avoient été donnés

en remplacement du port de Wismar, ainsi que pour les prétentions sur la presqu'isle de Priwall dans la Trave, dont la propriété reste exclusivement à la ville de Lübeck: les droits et propriétés de l'hôpital de Lübeck dans les villages de Warneckenhagen, Altenbukow et Krumbrook et dans ceux de l'isle de Poel; plus une rente perpétuelle de dix mille florins sur les Chapîtres et Couvens médiats d'Osnabrück, sauf arrangemens ultérieurs entre les Puissances médiatrices et le Roi d'Angleterre, Electeur de Bronsuic-Lüneburg.

— — — — —
§. 25.

— — — — —
Il sera pourvu immédiatement au complément de l'indemnité de l'Electeur Archichancelier, fixée à un million florins, par des assignations sur des Chapîtres, Abbayes et Couvens médiats. — — — — —

— — — — —
§. 35.

Tous les biens des Chapîtres. Abbayes et Couvents fondés, tant protestans que catholiques, tant médiats qu'immédiats, dont il n'a pas été formellement fait emploi dans les arrangemens précédans, sont mis à la libre et pleine disposition des Princes territoriaux respectifs, sous la réserve formelle:

- 1) du complément et supplément d'indemnité des Etats et membres héréditaires de l'Empire, qui par les arrangemens précédans doivent être indemnifiés en rentes perpétuelles, affectées sur cette masse;
- 2) de la dotation fixe des Cathédrales qui seront conservées;
- 3) des pensions du clergé supprimé, conformément aux réglemens, dont une partie se trouve ci-dessous, et les autres seront déterminés incessamment.

La quote-part destinée aux compléments et supplémens d'indemnité ne peut dans aucun cas excéder les trois dixièmes des revenus des dits Chapîtres, Abbayes et Couvents.

Ceux protestans ou mixtes en sont entièrement exempts.

§. 36.

Les Chapîtres, Abbayes et Couvens nommement et formellement assignés en indemnité de même que ceux mis à la disposition des Princes territoriaux, passent à leurs nouveaux possesseurs avec tous leurs biens droits et revenus, en quelque lieu qu'ils soient situés, sauf les distractions expresses.

— — — — —

(Ebenda selbst, S. 185, 190, 193, 202, 208, 209.)

S i e b e n t e B e i l a g e .

Auszug einer Ruffisch-französischen Ministerial-
Note an die Reichs-Deputation zu Regens-
burg, vom 11. Febr. 1803.

Le soussigné — — a l'honneur de présenter au-
jourd'hui à la Deputation la série des modifications à
introduire dans acte du 23. Novembr. n. S. T. comme
résultat des différentes negociations consommées, de
quelques vœux particuliers exprimés par la Deputa-
tion ou par les parties intéressées, et des instructions
de son Gouvernement.

Voici ces modifications:

§. 6.

Effacer les mots: „tant dans les nouvelles, que
„dans les anciennes possessions, sauf quant à celles-ci
„leur destination constitutionnelle.“ Mettre à leur place:
„dans les nouvelles possessions.“

§. 9.

Effacer à la fin du paragraphe les mots: „sur les
„chapitres et couvers mediats d'Osnabruck, sauf ar-
„rangemens entre les puissances médiatrices et le Roi
„d'Angleterre, Electeur de Brunswick - Lunebourg.“
Y substituant les mots:

„sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39.“

§. 25.

Effacer à la fin du 4. à linea, les mots: „sur des
 „chapitres abbayes et couvens médiats.“ Mettre:
 „sur l'octroi de navigation mentionné au §. 39 etc.“

— — — — —

§. 35.

Mettre au premier à linea après les mots: „Abbayes
 et couvens“ ceux:

„tant des anciennes, que des nouvelles possessions.“

Après les mots: „Princes territoriaux respectifs,“
 Mettre ceux:

„tant pour depenses du culte, fraix d'instructions
 „et autres établissemens d'utilité publique, que
 „pour le soulagement de leurs finances.“

Supprimer en entier le second à linea, commençant
 ainsi: „l. du complement etc.“

Supprimer en tête du troisiéme et du quatriéme à li-
 nea les chiffres 2. et 3.“

Supprimer en entier le cinquiéme à linea commençant
 par les mots:

„la quotepart,“ et le sixième à linea commençant
 par les mots: „ceux protestans.“

§. 36.

Après le mot: „droits“, mettre:
 „capitaux.“

— — — — —

Le soussigné prie la Députation de prendre en prompt consideration ces modifications qui ont déjà été soumises à l'examen et à la médiation de ses membres, d'en donner connaissance à la Diète générale de l'Empire aussitôt après leur adoption, de s'occuper alors immédiatement à les fondre dans l'acte du 23. Novembre, de manière à former un nouvel acte définitif — — — Il faut se féliciter que cette lacune de l'acte du 23. Novembre puisse être aujourd'hui remplie et que l'on ait à effacer du §. 35. les mots, qui ajournaient des devoirs aussi sacrés — —

L a f o r e s t d e B ü h l e r.

(Reichsdeputations-Protocoll, Beilage CCCXI, CCCXII.)

A c h t e B e i l a g e.

Auszug einer Ruffisch-französischen Ministerial-
Note an die Reichsdeputation, vom Datum
Regensburg den 24. Febr. 1803.

Le soussigné — — a reçu hier au soir de son Excellence Monsieur le Plénipotentiaire Impérial le recueil des 24 paragraphes, qui d'après les propositions des puissances médiatrices et les délibérations de la Députation extraordinaire dans ses séances des 15, 16. et

18. Fevrier n. st. doivent être substitués aux anciens paragraphes - - 6 - - 9 - - 25 - - 35, 36 — — de l'acte du 25. Nov. dernier n. st.

Il s'empresse d'exprimer ses plus sincères rémer-
cimens et d'adhérer à une rédaction, dont la version
allemande lui paroît, absolument conforme à la ver-
sion française, et qui rend fidèlement tout ce qui a
été convenu de part et d'autre dans les négociations
récentes, qui ont eu lieu entre la Deputation et les
Ministres de la Médiation.

— — — — —

Le soussigné joint donc ici une expedition nou-
velle des 47 paragraphes qui ont été originaire-
ment rédigés en françois tels qu'ils sont restés
finalement convenus; et il prie la Députation,
de la joindre à la version allemande — — — —

Il renouvelle à cet effet la demande, qu'un se-
cond exemplaire de l'acte définitif, où les 24 para-
graphes soient intercallés à leur rang tels qu'ils se
comportent aujourd'hui, soit porté sans délai à
la Diète — — — — —

Baron de Bühler.

Laforest.

(Reichsdeputations-Protocoll, Beilage CCCXLI.)

N e u n t e B e i l a g e .

E x t r a i t d e l'

Expedition du texte original en langue française finalement convenu entre les Ministres des Puissances Médiatrices et la Deputation extraordinaire de l'Empire pour entrer en langue allemande dans l'acte définitif de la Deputation.

La répartition et le règlement définitif des indemnités a lieu ainsi qu'il suit:

— — — — —

§. 6.

Au Duc de Wurtemberg — — — la Prévôte d'Elwangen, les Chapitres, Abbayes et Couvens de Zwiefalten — — — Obristenfeld, Margarethhausen et tous ceux situés dans les nouvelles possessions

— — — — —

§. 9.

Au Duc de Mecklenbourg Schwerin pour ses droits et répétitions sur deux Canoncats héréditaires de l'église de Strasbourg, qui lui avoient été, donnés en remplacement du port de Wismar ainsi que pour ses prétentions sur la pres qu'île de Priwall dans la Trave, dont la propriété reste exclusivement à la Ville de Lubeck: les droits et propriétés de l'hôpital

de Lubeck dans les villages de Warneckenhagen, AltenBukow et Krumbrock et dans ceux de l'île de Poel; plus une rente perpétuelle de dix mille florins sur l'octroi de navigation, mentionné au §. 39.

§. 25.

Il sera pourvu immédiatement au complément de l'indemnité de l'Electeur Archichancelier, fixée à un million de florins, par des assignations sur l'octroi de Navigation mentionné au §. 39.

§. 35.

Tous les biens des Chapitres Abbayes et Couvens fondés, tant des anciennes, que des nouvelles possessions, tant protestans que catholiques, tant mediats qu'immediats, dont il n'a pas été formellement fait emploi dans les arrangemens précédens, sont mis à la libre et pleine disposition des Princes territoriaux respectifs, tant pour depenses du culte, fraix d'instruction et autres établissemens d'utilité publique, que pour le soulagement de leurs finances, sous la réserve formelle:

de la dotation fixe des cathédrales qui seront conservées; des pensions du clergé supprimé conformément aux réglemens, dont, une partie se trou-

ve ci-dessous, et les autres seront déterminés incessamment.

§. 36.

Les Chapitres, Abbayes et Couvens nommément et formellement assignés en indemnité, de même que ceux mis à la disposition des Princes territoriaux, passent à leurs nouveaux possesseurs, avec tous leurs biens, droits, capitaux et revenus, en quelque lieu qu'ils soient situés, sauf les distractions expresses — — — — —

§. 47.

— — — — —
Suivent quarante deux paragraphes, réglementaires, dont le texte original est en langue allemande.

(Reichsdeputations-Protocoll, II. Band, Sessio XLVI, S. 846, 858, 863, 882, 904, 905, 915.)

Z e h n t e B e i l a g e.

Reichs-Gutachten vom Datum Regensburg den 24. März 1803, den am 25. Febr. d. J. verfassten Haupt-Schluss der außerordentlichen Reichs-Deputation betreffend.

(j u x t a i m p r e s s u m.)

E i l f t e B e i l a g e.

Kaiferliches Commissions-Ratifications-Decret
von Datum Regensburg den 27. April 1803,
den Deputations-Hauptschluss vom 25. Febr.
d. J. betreffend,

(j u x t a i m p r e s s u m.)

Z w ö l f t e B e i l a g e.

Auszug der letzten Ruffisch-franzöfifchen Mini-
fterialnote an die Reichs-Deputation, v. D.
Regensburg den 9. Mai 1803.

— — — — —

Les expressions de reconnaissance avec les quelles
l'Empire et son Chef fuprême ont accueilli le réfultat
de leurs foins, ne leurs permettent pas de douter,
qu' une loi, adoptee fous leur médiation et revêtue
de toute la folennités des formalites constitutionnelles,
ne foit ponctuellement exécuté dans toutes
fes parties.

C'est par cette execution fcrupuleufe que
chaque Etat d'Empire doit prouver fon patriotisme et
l'importance qu'il attache à la tranquillité générale
auffi bien qu'à la fienne.

Les

Les dispositions fondamentales, que le Corps Germanique vient de consacrer, abrogent quelques dispositions précédentes dont le souvenir subsiste encore. Celles-ci ne sauraient plus être invoguées à l'avenir.

Il n'est aucun Membre de l'Empire, qui ne doive avoir sous les yeux que le Corps Germanique s'étoit lié par le traité de Luneville à subvenir collectivement à l'indemnisation.

Le paragraphe 36. de la nouvelle loi est surtout celui, par lequel est accomplie l'obligation commune; et comme dans un système étendu toutes les parties s'enchaînent, les rentes assignées, les pensions, les dettes doivent aussi être acquittées avec une honorable exactitude. L'intérêt de tous et de chacun en particulier, la sûreté des Etats et des propriétés, le maintien de l'ordre établi, exigent qu'aucun des Etats d'Empire ne cherche la solution des doutes qu'il pourroit concevoir, que dans le texte même de la loi concertée avec les Puissances médiatrices. Elles ne sont engagées à rien qui n'y soit fidèlement, exprimé. Les droits conférés et les droits réservés s'y trouvent également — — —

Baron de Bühler.

Laforest.

(Reichs - Deputations - Protocoll, Beilage Num.

CCCXC.)

D r e i z e h n t e B e i l a g e .

Kaiserliches Promulgations - Rescript an die
höchsten Reichsgerichte, vom Datum Wien
den 25. Jul. 1803.

F r a n z d e r II. etc.

Wohlgebohrne, Edle, Ehrfame, liebe Getreue! Nachdem von der, zur gänzlichen Berichtigung des, laut Anlagen Ziffer 1, 2, 3 und 9, von Uns und dem Reiche ratificirten Lüneviller Friedens, ernannten außerordentlichen Reichsdeputation am 25. Hornung dieses Jahres ein Hauptschluss verfasst, und Uns derselbe, laut Anlage Ziffer 5, unterm 24. März d. J. durch ein gemeinsames Reichsgutachten zur Genehmigung vorgelegt, sofort von Uns darüber unterm 27. April d. J. laut Anlage Ziffer 5, die Kaiserliche reichsoberhauptliche Bestätigung, unter gewissen ausdrücklich vorausgesetzten Bedingnissen, ertheilt worden ist, insonderheit:

Dass die zu Paris den 26. Dec. vorigen Jahres geschlossene, und zur Kenntniss der Reichsversammlung vorgelegte (aus der Anlage Ziffer 7) ersichtliche Convention in ~~der~~ Kraft und Verbindlichkeit, nach dem wörtlichen Inhalte ihrer Artikel, insonderheit in Ansehung der in dem 4ten Artikel enthaltenen Vorbehaltungen, aufrecht zu bestehen habé; dass, in so fern diese Vorbehaltungen die Uns als Kaiser und Reichs-

oberhaupt zutreffende Gerechtsame betreffen, die gesetz- und herkommenmäßige Ausübung dieser Gerechtsame sowohl bey Ausführung des gegenwärtigen Reichschlusses, als für alle zukünftige Zeiten ungeschmälert erhalten werde; daß die in dem Reichsgutachten vom 24. März erwähnte Bestätigung der Reichsgrundgesetze, insonderheit des Westphälischen Friedens und der darauf erfolgten Friedensschlüsse, in sofern solche durch den Lüneviller Tractat und den gegenwärtigen Reichschluß nicht ausdrücklich abgeändert werden, desgleichen die darinn angetragene Verwahrung der deutschen Reichsverfassung in allen übrigen nicht ausdrücklich geänderten Puncten, wie solche für Kurfürsten und Stände des Reichs, wohin auch der hohe deutsche Orden zu rechnen, und die unmittelbare Reichsritterschaft mit eingeschlossen, bisher bestanden ist, in wirkliche Ausführung und Handhabung übergehe:

So wollen wir gnädigst nicht entstehen, alle diese Urkunden euch zu dem Ende hiebei mitzutheilen, da in den an Unser Kaiserliches Kammergericht gelangenden Vorkommenheiten der Inhalt derselben als gesetzliche Vorschrift pflichtmässig betrachtet werde.

Wir verbleiben übrigens euch sammt und sonders mit Kaiserlichen Gnaden wohl und gewogen.

Gegeben zu Wien den 25. Julius 1803. Unserer

Reiche, des Römischen, wie auch der Hungarisch-
und Böhmischen im zwölften.

— — — — — — — — — —
— — — — — — — — — —

A n l a g e n.

Nro. 5.

An Ihro Römisch-Kaiserliche Majestät allerunterthäniges Reichsgutachten d. d. Regensburg den 24. März i. J. et dict. 26. e. m. den von Ihro Kaiserlichen Majestät und des Reichswegen zu ratificirenden, am 25. Februar d. J. verfaßten Hauptschluss der außerordentlichen Reichs-Deputation betreffend. Diesem war beigelegt a) ein Beschluss der Reichs-Deputation d. d. Regensburg den 25. Februar i. J. et dict. 26. e. m. c) der Hauptschluss der außerordentlichen Reichs-Deputation, resp. vom 24. und 25. Februar i. J. sowohl im französischen Urtexte, als der deutschen Uebersetzung.

Nro. 6.

Kaiserliches allergnädigstes Commissions-Ratificationsdecret an die allgemeine Reichsversammlung zu Regensburg d. d. 27. April i. J. et dict. 28. e. m. die von Ihro Kaiserlichen Majestät ertheilte Ratification des Reichsgutachtens vom 24. März, den Deputations-Hauptschluss vom 25. Februar d. J. betreffend.

V i e r z e h n t e B e i l a g e .

Königlich-Preussisches Cabinets-Rescript an das
Domkapitel zu Halberstadt, vom Datum Ber-
lin, den 21. Februar 1804.

Hochwürdige, Hochwohl und Wohlgebohrne beste be-
sonders liebe getreue!

Aus Eurer Vorstellung vom 3. d. M. habe ich er-
sehen, daß Ihr die bisherige Verfassung des Domka-
pitels zwar bestätigt zu sehen wünscht, zugleich
aber auch Mir die etwa nöthigen Abänderungen der-
selben anheim stellt, und dabey Eure Minoren und
Electen zur Berücksichtigung empfiehlt. Diese eure
Erklärung über die, mir durch das neueste Reichs-
Conclusum beigelegte uneingeschränkte Dispo-
sition über die Stifter in meinen Landen ist
Mir als ein neuer Beweis des Patriotismus Eures
Domkapitels sehr angenehm gewesen, und hat Mich
bewogen, Mich durch die abschriftlich anliegende
Ordre an die Staatsminister Johann von Reck und
von Mallow auf eine solche Weise zu erklären, wo-
durch die Existenz derselben und aller übrigen Stif-
ter in Meinen alten teutschen Reichslanden für im-
mer gesichert, zugleich aber auch die ausschließ-
fende Befugniss des Landesherrn, mit billiger
Rücksicht auf die vorhandenen Minoren und Electen,
künftig alle vakant werdende Stellen zu Belohnung

ausgezeichneter Verdienste selbst zu vergeben festgestellt werden kann. Ich hoffe daß Ihr hierin die Gesinnungen des Wohlwollens anerkennen werdet, womit ich verbleibe Euer gnädiger König. Berlin den 21. Febr. 1804.

Friedrich Wilhelm.

An das Domkapitel zu
Halberstadt.

F u n f z e h n t e B e i l a g e .

Königlich - Preussisches Cabinets - Rescript an
die Staatsminister von Reck und von Maffow,
von Datum Berlin, den 21. Februar 1804.

Mein lieber Staats-Minister, Freyherr v. Reck und Maffow! Aus der beikommenden Eingabe des Domkapitels zu Halberstadt werdet Ihr ersehen, daß dasselbe um Beibehaltung seiner bisherigen Verfassung zwar gebeten, zugleich jedoch die Mir nöthig scheinenden Abänderungen derselben anheimgestellt, und dabei nur die je zigen Minoren und Electen zur Berücksichtigung empfohlen hat. Wiewohl ich nun durch das neueste Reichs-Conclusum zur gänzlichen Aufhebung aller Stifter vollkommen berechti-

get bin, so bin Ich dennoch entschlossen, sämmtliche Stifter in meinen alten Reichs-Landen, als das beste Mittel Verdienste um den Staat zu belohnen, bestehen zu lassen, und die darüber erlangte uneingeschränkte Disposition nur dazu anzuwenden, diesem Belohnungsmittel die größtmöglichste Ausdehnung zu geben. Die Hauptpunkte, worauf es dabei ankommen wird, werden darauf hinauslaufen, die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche mehr oder weniger in der bisherigen Verfassung der Stifter dem Landesherrn Schranken setzen, die Stellen in denselben zu vergeben, oder den damit Begnadigten die Vortheile der Stellen in ihrem ganzen Umfange zuzuwenden. Ich trage euch daher auf, in dieser Hinsicht die Verfassung nicht blos des Domkapitels zu Halberstadt, sondern auch aller übrigen Stifter in Meinen alten Reichs-Landen zu untersuchen, von den Stiftern selbst Vorschläge zu deren Abänderung nach obigem Zweck zu erfordern, und darüber nach vorgängiger Aufstellung allgemeiner Grundsätze, worüber Ich zuerst euern gutachtlichen Bericht erwarte, über jedes Stift besonders zu berichten. Dabei will Ich euch zu eurer Direction eröffnen, dafs Ich allerdings auf die vorhandenen Minoren, Electen und alle diejenigen, welche nach der bisherigen Verfassung bereits eine rechtsbegründete Hofnung erhalten haben, dereinst zum Genuß wesentlicher Vortheile zu gelangen, billige Rücksicht in der Art nehmen lassen will, dafs dieselben allenfalls nach einem angemessenen Durchschnittskalkul wirklich zu diesem Vortheil gelangen

sollen, hinführo aber von den Stiftern keine neuen dergleichen Hofnungen ertheilt werden müssen. Ferner soll in Absicht der Qualifikation zu den Stifts-Präbenden zwar alles abgestellt werden, was der Befugniss des Landesherrn, Verdienste zu belohnen, unbillige Schranken setzt. Dennoch aber soll der Unterschied der Stände bei den Stiftern, wo nur der hohe oder alte Adel Receptionsfähig war, nicht außer Acht gelassen und für Ausnahmen aus ganz besonders erheblichen Gründen durch den Vorbehalt der Befugniss zu dispensiren gesorgt werden. Uebrigens versteht es sich von selbst, daß bei den Frauenstiftern die Verforgung der Dürftigen als Hauptzweck angesehen und also dahin getrachtet werden muß, dem Landesherrn die ausgedehntesten Mittel zu verschaffen, für dürftige Frauenspersonen aus allen Ständen, besonders aus der Classe der Staatsdiener im Militair- und Civilltande zu sorgen.

Ich verbleibe etc.

Berlin, den 21. Febr. 1804.

Friedrich Wilhelm.

S e c h s z e h n t e B e i l a g e .

Der Durchlauchtigen, Hochgebohrnen, Fürsten und Herrn, Herrn Adolph Friedrichen und Hanfs Albrechten, Gebrüdern, Herzogen zu Mecklenburg, Fürsten zu Wenden, Grafen zu Schwerin, der Lande Rostock und Stargard Herrn.

Revidirte Ordnung der Jungfern-Klöstern, Dobbertien, Ribnitz und Malchow, wie es darinn mit dem Gottesdienste und andern christlichen Uebungen und sonst in gemein von den Conventualen und aneern eingehörigen Kloster-Personen soll gehalten werden.

Wiewohl anfänglich die Jungfrauen-Klöster von den Vorfahren darum gestiftet, vorhabens, daß diejenigen so sich dazu gewidmet, ein Gottfeeliges stilles und eingezognes, züchtiges Leben führen, für die gemeine Christenheit, die Kaiserl. Majestät, alle Christliche Potentaten Churfürsten, und sonderlich die Obrigkeiten, unter welcher Schutz und Schirm ein jedes belegen, wie denn auch alle Landstände, mit Fleisse und Ernste beten, und also des Gottesdienstes alleine sich befleißigen sollen, dahero auch, und in Betrachtung solcher von Anfangs wohlgemeinten Christlichen Uebungen I. I. F. F. G. G. löblichen

Vorfaheen nicht alleine nach reformirter Religion, die Klöster Dobbertien, Ribnitz und Malchow, in ihrem esse gelassen sondern auch deroselben unterthänigen Ritter- und Landschaft, in solchem Gebrauch dieselbe zu behalten, abgetreten und aus Dero Mittel gewisse Personen zu Proviforen, welche die Clöster und deren Disciplin in Acht hätten zu verordnen, in Gnaden bewilligt und zugelassen; so sind doch nun etliche Jahr hero in ermeldten Clöstern allerley Mißbräuche und Unordnungen, sowohl im Gottesdienste mit unfleißigen beten, und Gehör Göttliches Worts, als sonsten auch im Leben, Kleidung und andern Leichtfertigkeiten, verspüret worden; Derowegen die Noth erfodert, nach beschriebene Ordnung, darnach sich die Closter-Jungfern, gesammt ihren Gefindlein, auch Deroselben Pastores und Seelsorger zu richten haben sollen, zu verfassen und ihnen fürzustellen.

— — — — —
 — — — — —

Zum Andern sollen die Personen in der Versammlung des Closters, sammt den Kindern so darin genommen werden nicht allein zu der Zeit, wann gepredigt wird, fleißig und unausbleiblich zur Kirchen gehen, Gottes Wort mit Fleis anhören, die Predigt mit allen Ceremonien auswarten, und in der Lehr- und Unterricht, ihrem getreuen Seelsorger, gebüheliche Folge leisten, sondern auch die andern Tage, beyde Morgens und zur Vesperzeit zu

Chor gehen, in solchen Kirchen und Chor gehen, die Mantel, Kragen und andere Kleidung, so hierzu verordnet werden sollen, tragen und nach der Ordnung, wie sie ins Kloster kommen, stehen Gott dem Herrn mit Lesen, Beten, Danken und Loben dienen und dabey aller Leichtfertigkeit in Gespräch und Gebährden sich enthalten und, wann der Gottesdienst in der Kirchen verrichtet ist, alsdann in vorgedachter Ordnung, züchtig wieder heraus gehen, und eine jede an ihren Ort sich verfügen.

— — — — — — — —
 — — — — — — — —

Zum Eilften Nachdemmahl auch befunden, daß die Closter-Jungfrauen mit der Kleidung und mit den grossen Kragen, grosse Uppigkeit treiben, und gleichwohl nicht unbillig, daß ein Unterschied zwischen den Geistlichen und weltlichen Jungfrauen gehalten werde; So sollen die Closter-Jungfrauen schwarze schlechte Gewand Röcke, Mantel, Jopen mit kleinen Sammet-Schnüren, oder sonst womit besetzt, und schlechte Kragen ohn einiges Knüppels oder anders ausnehmen, Wie dann auch keine Perlen oder Gold am Halse oder am Armen tragen. Sollen auch solcher Kleider nicht allein innerhalb Closters, besonders auch wenn sie zu ihren Freunden kommen, und an andere Oerter verreisen, ausserhalb Closters sich zu gebrauchen schuldig seyn und sich keiner andern Kleidung unterfangen.

— — — — — — — —
 — — — — — — — —

Solches alles und jedes wie vorbeschrieben wollen J. J. F. F. G. G. von allen Kloster-Jungfrauen und eingehörigen Personen, niemanden ausgenommen also und nicht anders gehorfamlich gehalten, und dem durchaus ohne Wegerung willig gelebet, auch den proviforen, Haupt-Leuten und Kirchen-Meistern ernstlich anbefohlen haben, mit allem Fleisse und starkem Ernst darauf zu sehen und acht haben, daß dieser Ordnung in allen Punkten und Artikuln nachgegangen werde, welches J. J. F. F. G. G. gegen den Gehorfamen mit Gnaden zu bedenken geneigt, hingegen aber sollen die Ungehorfamen, mit gebühlicher ernster Strafe angesehen, und nach Verwirkung alsbald ohn einige Gnade aus dem Kloster verstoffen und weggejagt werden; woferne aber eine oder mehr unter den Conventualen vorhanden, welcher dieser Ordnung nicht gefällig oder derselben zu leben und zu gehorfamen nicht bedacht wäre, der - oder denselben soll hiemit freigelassen seyn, sich nach ihrer Gelegenheit an andere Oerter zu begeben, und zu verrücken. Doch halten J. J. F. F. G. G. Sich bevor, diese Ordnung nach gestalten Sachen, zu endern, zu vermehren und zu vermindern oder gar eine andere zu verfertigen. Urkundlich ist diese Ordnung mit J. J. F. F. G. G. Fürstlichen Secreten, und Handzeichen bekräftiget. Geschehen zu Güstrow den 10. December Anno 1610.

S i e b e n z e h n t e B e i l a g e.

Herzoglich-Mecklenburg Schwerinische Bestätigung eines Klosterprovisors zu Malchow, vom Datum Schwerin, den 23. November 1802.

Friedrich Franz von G. G. Herzog zu Mecklenburg etc.

U n s e r n g n ä d i g s t e n G r u ß z u v o r ! V e s t e r L. G. W a n n U n s U n s e r e a u f d e m d i e s j ä h r i g e n a l l g e m e i n e n L a n d - t a g e v e r s a m m l e t g e w e s e n e L a n d r ä t h e , L a n d - M a r s c h ä l l e , u n d ü b r i g e v o n d e r R i t t e r - u n d L a n d s c h a f t U n s e r e r H e r z o g t h ü m e r M e c k l e n b u r g g e z i e m e n d a n g e z e i g e t h a b e n , w i e i h r n a c h d e m A b l e b e n d e s v e r s t o r b e n e n K l o s t e r - P r o v i s o r s z u M a l c h o w , w a i l . H a u p t m a n n s v o n P r e s s e n t i e n a u f D a s c h o w , a n d e s s e n S t e l l e a u f v i e r J a h r e z u m P r o v i s o r d e s K l o s t e r s z u M a l c h o w e r w ä h l e t w o r d e n , m i t d e r a n g e h ä n g t e n s u b m i s s e l s t e n B i t t e , W i r g e r u h e t e n z u s o l c h e r W a h l , d e n R e v e r s a l e n , d e m l a n d e s g r u n d g e s e t z l i c h e n E r b v e r g l e i c h e u n d d e r O b s e r - v a n z g e m ä ß , U n s e r e L a n d e s f ü r s t l i c h e B e s t ä t i g u n g z u e r t h e i l e n , u n d W i r d a n n n a c h U n s e r e r o h n e h i n , a u f d i e V e r m e h r u n g d e s W o h l s t a n d e s u n d d e s G e d e i h e n s U n s e r e r K l ö s t e r s t e t s g e r i c h t e t e n N e i g u n g , d i e s e m G e - s u c h e g n ä d i g s t w i l l f a h r e n w o l l e n ; S o v e r o r d n e n W i r h i e m i t w i s s e n d u n d w o h l b e d ä c h t i g e u c h z u m P r o v i s o r U n s e r s g e d a c h t e n K l o s t e r s M a l c h o w a u f v i e r J a h r e , a l l s o u n d d e r g e s t a l t : d a ß i h r , w i e W i r h i e m i t i n

Gnaden begehren, neben dem andern daselbst bestellten Provisor und dem Hauptmann, desselbigen Klosters Nutzen und Vorthail nach eurem besten Wissen und Vermögen, zu befördern suchen und desselben Schaden abwenden, mithin desselben Gerechtigkeiten, Hebungen und Aufkünfte, damit nichts davon entzogen, noch auch dessen Scheiden und Grenzen von den Beachtbarten geschmälert werden, sorgfältig in Acht nehmen, insonderheit darauf, das alle Jungfern dieses Klosters der Fürstlichen Kloster-Ordnung vom 10. Dec. 1610. in allen Stücken gebührend nachleben und derselben sich gemäß bezeigen, mit Fleiß sehen, auch sonst alles dasjenige, was das Amt eines rechtschaffenen Klosters-Provisors erfordert und mit sich bringet, treulich beobachten und ausrichten sollet. An dem etc. Und Wir etc. Gegeben etc. Schwerin den 23. Nov. 1802.

Mpr.

An

den Obersten von Strahlendorff

auf Vogelfang.



Rudloff, Friedrich August <<von>>,

Versuch einer richtigen Auslegung und Anwendung des Hauptschlusses der außerordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg

Bd.: 1. (1804). - 92, 46 S.

[Schwerin] 1804

J.publ.g. 836 h-1/2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10562241-9